

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 7. Dezember 1922.

Nr. 287.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Kollektion
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung des
Retourmarkens.

Erscheint mit Ausnahme
des Sonntags täglich früh.

Einheitsfront-Schwindel.

Keine Woche ohne eine neue demagogische Parole! Nach dieser Devise hat der tschechoslowakische Vollzugsausschuß der Kommunisten an die Organisationen der Partei eine Weisung auf „erhöhte Tätigkeit“ der kommunistischen Partei herausgegeben. Die dieswöchentliche Parole lautet: proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung! Das Bedürfnis der Kommunisten nach einer „erhöhten Tätigkeit“ unter diesen demagogischen Schlagworten ist ein sehr erklärliches. Auf dem Moskauer „Weltkongreß“ mußte sich die offizielle Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei von der oppositionellen Gruppe der Linken sagen lassen, daß sie nichts mache und daß die Partei so gut wie kampfunfähig geworden sei. In der Zeit der ärgsten Krise, da die wirtschaftliche Situation aufs äußerste zugespitzt war, habe die kommunistische Partei der Arbeiterschaft gar nichts zu sagen gewußt. Erst als die anderen Parteien ihren Standpunkt dazu ausgesprochen und ihre eigenen Resolutionen verfaßt hätten, sei die kommunistische Partei mit Forderungen gekommen. Und diese „Forderungen“ seien nichts anderes gewesen, als eine Abschrift von Forderungen, die Lenin im Jahre — 1917 (!) formuliert habe! Da seither die Verhältnisse von Grund auf andere geworden seien, so habe die gedankenlose Abschreiberei dieser verstaubten Forderungen wie ein Faustschlag ins Gesicht gewirkt.

Zu dieser Brandmarke der Unfähigkeit der kommunistischen Partei, die bisher nur in der Pertrümmerung der Einheitsfront der Arbeiterbewegung Großes zu leisten vermochte, kommt als Grund für ihr Bedürfnis nach „erhöhter Tätigkeit“ noch der chronisch gewordene Mitgliederchwund der Partei hinzu, der deutlich aufzeigt, daß die Massen der Arbeiterschaft sich von ihr enttäuscht abgewendet haben. Noch am 1. April dieses Jahres vermochte die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei vor der Moskauer Exekutive mit einem Mitgliederstand von 457.774 in 2622 Organisationen zu prunken, am 1. September dagegen waren es nach einem offiziellen Bericht in der Moskauer „Pravda“ nur mehr 130.000 Mitglieder in 2450 Organisationen, welche trotz der Verschmelzung der tschechischen mit den deutschen, slowakischen und ungarischen Kommunisten im ganzen Staate die Partei aufzuweisen hatte. Angesichts dieser Schwindsucht, die sich der kommunistischen Partei bemächtigt hat, ist ihr Bedürfnis nach „erhöhter“ Anwendung ihrer Tricks gewiß erklärlich.

Also fordert der kommunistische Vollzugsausschuß auf, mit „erhöhter Kraft, Fähigkeit und Mühseligkeit“ für die proletarische Einheitsfront und für die Arbeiterregierung einzutreten. Ihre Anhänger sollen in den Betrieben und Werkstätten zu den Arbeitern anderer Parteien „Beziehungen“ anknüpfen und sollen überall für die Verbrüderung — wie sie die Kommunisten verstehen! — aller Arbeiter, Angestellten und Landproletarier arbeiten. Zu diesem Zweck soll für die Schaffung von Ausschüssen der proletarischen Einheitsfront eingetreten und auch die Arbeitslosen sollen herangezogen werden. Außerdem will sich die kommunistische Partei an die sozialdemokratischen Parteien wegen einer gemeinsamen Aktion zugunsten der Arbeitslosen wenden. Mit einem Wort: die Kommunisten scheuen keine Kosten, um die Leimspindel, auf denen sie die Arbeiterschaft gerne fangen möchten, mit dickem Leim neu zu bestreichen.

Die Arbeitslosen! Wohllich entbeden die Kommunisten ihr Herz für sie! Viele Monate schon dauert die Arbeitslosigkeit, doch da hatte diese Partei, welche sonst immer tut, als hätte sie die Wahrung aller proletarischen Interessen in Macht genommen, den Arbeitslosen, wie der Redner der Opposition in Moskau ausführte, „nichts zu sagen“. Viel später, als die anderen Parteien und vor allem die deutschen Sozialdemokraten längst ihre Kräfte zur Bänderung der Rot der Arbeitslosen eingesetzt hatten, bequeme sich die kommunistische Partei dazu, ein altes, längst überholtes Elaborat

Das Urteil im Scheidemann-Prozess.

Zehn Jahre Zuchthaus für die Attentäter.

Leipzig, 6. Dezember. (Wolff.) Im Leipziger Prozess wurden die Angeklagten wegen gemeinen Mordanschlags, Dohlschläger auch wegen unerlaubten Waffentragens, wie folgt verurteilt: Dohlschläger zu zehn Jahren ein Monat Zuchthaus, Kerkert zu zehn Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre aberkannt und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Dohlschläger und Huster, hinter denen sich, trotzdem sie freventlich mit einem Menschenleben gespielt haben, die Tore des Zuchthaus für längere Zeit schließen sollen als hinter Frechenbach, gehören wohl zu den traurigsten Gestalten, die in der langen und erbärmlichen Reihe deutschnationaler Attentäter an uns vorübergezogen sind. Nicht ein tapferes, männliches Wort, mit dem sie für ihre Tat, was sie auch noch so schlecht gewesen sein, entschieden eintraten, nur halbe Antworten, Ausflüchte, Winkelzüge, Lügen! Das einzige, was sie sich festhalten, ist, die Spuren zu verwischen, welche von ihnen zu den großen Drahtziehern führen, die Ränkeschmiede sollen unbehelligt bleiben, denn ihr Schandwerk, Deutschland in fortwährender innerer Unruhe zu erhalten, soll ja weiterwirken. Sonst aber, welche erschreckende Unkenntnis der einfachen Tatsachen, welche Unreife des Urteils, welche Gefühllosigkeit in der monatelangen Vorbereitung der Tat und welche Erbärmlichkeit bei deren Verübung!

Huster hat Dohlschläger in Oberschlesien beim Selbstschutz kennen gelernt. Juli 1921 ist er entlassen worden und hat zum erstenmal Weihnachten 1921 mit ihm darüber gesprochen, daß republikanische Führer politisch beseitigt werden müßten. Unter dem Einfluß des Buches des Oberst Bauer über Scheidemann und Genossen beschloßen sie, Ende April 1922 nach Kassel zu fahren und Scheidemann zu beseitigen. Dohlschläger wieder behauptet, vom Buche Bauers nichts zu wissen, er hat seine politischen Erkenntnisse also wieder aus anderen Dolkenkreuzerfilmen geschöpft. Wie diese Erkenntnisse ausschauen, geht aus Husters „Urteil“ über Scheidemann hervor: „Ich sah in Scheidemann denjenigen, der von Januar 1918 an die Revolution vorbereitet, die Meuterei in der Marine angezettelt hat und der nunmehr der Revolution gewachsen ist. Er hat sich nur aus Angst vor der Verantwortung zurück-

Benins hervorzuholen und es als ihre einzige Weisheit vorzutragen. Wären die Arbeitslosen verurteilt, auf die „erhöhte Tätigkeit“ der Kommunisten zu warten, sie würden glatt verhungern. Jetzt aber sehen sich die kommunistischen Herrschaffen in Postur, wollen „Aktionen“ einleiten und tun so, als hätten die sozialistischen Parteien darauf gewartet, bis den Kommunisten die Erleuchtung kommen werde, daß für die Arbeitslosen etwas zu tun sei. Was es sein soll, wissen sie übrigens auch jetzt noch nicht, denn darüber steht in dem großmäuligen „Aufruf“ kein Wort.

Auch für die „Arbeiterregierung“ wollen die kommunistischen Schwindler von nun an „erhöht“ wirken! Vorläufig wissen sie meißt selber nicht, was sie sich darunter vorstellen sollen, aber sie erwarten, daß das Schlagwort schön klingt und auf manche Arbeiter bestechend wirken werde, und darum suchen sie es unter die Massen zu schleudern, auf deren Leichtsinnigkeit sie rechnen. In den kommunistischen Organisationen wird noch immer darüber debattiert, ob die „Arbeiterregierung“ gut oder schlecht sei und was man mit dem Schlagwort überhaupt anfangen solle, aber der Vollzugsausschuß verkündet es doch schon als neue kommunistische Wahrheit, für die „erhöht“ gearbeitet werden soll! In Moskau erklärte Kadel auf dem „Weltkongreß“: „Bei vielen Genossen ist die Idee der Arbeiterregierung so eine Art sanftes Schlummerfischen. Sie sagen: Diktatur, der Teufel weiß, wann sie kommt, jedenfalls ist es schwierig, die Agitation unter der Losung der Diktatur zu führen; da sage ich lieber Arbeiterregierung, das klingt sehr sanft und unschuldig. Niemand weiß, was das ist. Vielleicht wird es etwas sein. Jedenfalls erscheint es aber nicht so gefährlich.“ So denken also „viele Genossen“ des Herrn Kadel! Und auf diesen dummen Ködern möchten die heimischen Jünger Moskaus die Arbeiter einfangen!

Und erst die „proletarische Einheitsfront“! Daß die Kommunisten nie daran gedacht haben, mit dieser Einheitsfront die wirkliche Einheit des gesamten sozialistischen Proletariats herzustellen, sondern daß die Parole nur dazu dienen soll, als Spreng- und Zerlegungsmittel unter diesen Parteien zu wirken, versuchen sie selber nicht zu leugnen. Sie erhoffen sich von ihr, daß die Arbeiter, wenn sie wahrnehmen werden, daß die Sozialdemokraten die „Einheit“ mit den kommunistischen Schlagwortfabrikanten ablehnen, in hellen Scharen den kommunistischen Heilkündern zuströmen werden, aber sie lassen dabei außer acht, daß die kommunistische Partei, seit sie ihre Versprechungen den Arbeitern so schlecht einlöste und der Arbeiterbewegung überall nur Schaden brachte, längst jede Anziehungskraft auf die Arbeitermassen eingebüßt hat. Die Arbeiter beginnen auch schon zu erkennen, daß die von den Kommunisten propagierte „Einheitsfront“ lediglich den Zweck verfolgt, ihr politisches Parteigeschäft damit zu fördern, nicht aber um damit den proletarischen Interessen zu dienen. Wie diese Einheitsfront ausschauen soll, das hat Sinowjew jüngst dargelegt, in-

gezogen.“ Dohlschläger wieder bezeichnet Scheidemann — und nicht Ludendorff, Wilhelm II und Ehrhard! — als einen „Mann, der Millionen hat bluten lassen“ und der darum „in seinen Augen kein Deutscher sei“, später behauptet er von ihm, er habe „die Revolution geführt und die Front geschwächt“, was ihm schließlich vom Vorsitzenden die alle Halskreuzerreden ins Herz treffende Abfertigung einträgt: „Aber das sind doch Redensarten“.

Die zwei Blausäurehelden haben eben überhaupt nicht mit ihrem eigenen Gehirn gedacht, sie taten nur, wozu sie von anderen vorgegeben wurden. Daß solche „Anderer“ da waren, beweist einmal der Besitz von 20.000 RM., die Dohlschläger sein eigen nannte, und die nur Auspreis für das Attentat gewesen sein können; beweist der unbekannt „Forstreferendar“, der einmal in der Stube der beiden auftaucht, und endlich der geheimnisvolle „Erwachende Ungar“, von welchem Dohlschläger die Summißpreise und Blausäure erhalten haben will — nach der Aussage Husters stammten die Mordinstrumente aus München. Auch dieser Widerspruch der Aussagen beweist, daß hier zwei Redeaufwachten eingelernte, das Gericht absichtlich verwirrende Penke aufstapeln und daß eine Organisation so ihre Worte wie ihre Taten lenkt. Das unsäglich Verlogene ihres Gehabens fand denn auch die gebührende Charakterisierung durch den Vorsitzenden, wenn er einmal sagte: „Handeln Sie doch deutsch, sprechen Sie doch lieber hier offen aus, wie alles passiert ist. Was sie mir sagen, ist eines Deutschen nicht würdig“, und ein andermal: „Müß denn immer gelogen werden? Lügen mag deutsch-völkische Art sein, deutsche Art war es niemals!“ Das Wort wird auf den Halskreuzern sitzen bleiben!

Wie das Motiv und der Man der Tat, so stehen auch die Vorbereitung und Ausführung im Zeichen der Gemeinheit. Schon daß die Attentäter zwischen dem Entschluß und seiner Vollendung viele Wochen vergehen ließen, veranlaßte den Vorsitzenden zu einer Bemerkung, die jeden ergreifen muß, der es mit dem Deutschtum ernst meint: „Also in der „Deutschen Klausur“ haben zwei deutsche junge Leute vereinnert, einen dritten Deutschen, der ihnen politisch nicht genehm war, falbsblütig durch Wort zu beseitigen. Ja, ist denn das denkbar? Sind wir denn so weit gekommen? Im Juni ist die Tat ausgeführt worden, also haben Sie diesen Gedanken von Ende April bis Anfang Juni erwogen. Wenn jemals von der überlegten Ausführung einer Tat gesprochen werden kann, dann hier, wo es sich um ein Schuldspiel der Ueberlegung handelt.“ In der entschei-

chen Zwischenzeit führten Dohlschläger und Huster ein lustiges Leben, amüsierten sich bei Weis, Trunk und Spiel, erzählten, was sie jetzt de- und wehmütig leugern, von einem „Los, das auf sie gefallen“ sei und was der Robeit den Gipfel ansteht: sie seien Gesundheitsmäßig darum, wer die Tat ausführen solle. Tatsächlich war Dohlschläger als Täter, Huster als „Mauer“ gedacht. Im kritischen Moment aber merkte Huster, daß Dohlschläger — und das paßt vortrefflich zu seinem Bilde! — „eine Fein“ wolle. So bediente denn Huster den Gummiball. Und er tat dies in einer Situation, die sein Herz als versteinert erweist. Ausgerechnet in dem Augenblick, als Scheidemann sich mit seiner Tochter und seinem kleinen Entlein im Walde erging, sprühte Huster die gefährliche Flüssigkeit auf ihn.

Daß sie gefährlich sei, ergaben die Sachverständigenausagen mit voller Bestimmtheit. 60 Milligramm der Blausäure hätten in Scheidemanns Atmungsorgane, Nase oder Mund, gelangen müssen, um ihn unheilbar zu töten, es war also ein Mordanschlag mit tödlicher Waffe. Das stellt die ganze Niedertracht der deutschnationalen Mäster bloß, die unmittelbar nach dem Attentat den „Mord mit der Mistfrierprobe“ verböhten und sogar mit der frechen Lüge austraten, Scheidemann habe sich zu Kellarmegewenden den „harmlosen Ueberfall“ bestellt! „Sag mir, wen Du verteidigst, und ich sage Dir, wer Du bist!“ — Den Satz darf man auf die Durschnätorer lenken und verwenden und feststellen, daß sie in der Gesinnung genau die gleichen Mordbuben sind wie die traurigen Heiden Dohlschläger und Huster. Die zweite Dezemberwoche war für die Dolkenkreuzer eine schwarze Zeit. Und eine noch schwarzer steht ihnen bevor. Denn der Prozeß ihres Hauptlings Ehrhard und der Organisation „Konful“, der bevorsteht, droht in das Neb von Meuchlei und Lüge einen hellen Strahl der Aufklärung zu bringen.

Aus der Urteilsbegründung.

Berlin, 6. Dezember (Eigenbericht). In der Urteilsbegründung heißt es, daß beide Angeklagte des gemeinschaftlichen Mordversuches überführt sind, den sie mit voller Ueberlegung aus dem Hinterhalt auf einen friedlichen Bürger unternommen haben, daß sie von dritter Seite angeklift wurden, ist nicht erwiesen, aber es ist als wahrscheinlich anzusehen, daß sie ihm Banne fremder Meinungen standen und von dritter Seite zu der Tat ange-regt wurden. Es heißt weiter, daß die Attentate auf verschiedene führende Staatsmänner der Republik große Nechtlichkeit ausweisen, sie sind lange vorbereitet und beruhen auf dem zweimörderischen System. Das wohlüberlegte System beschließt den Mördern auch vor Gericht den Mund.

dem er als die „dringendste Aufgabe unserer Lage“ bezeichnete: „die Sozialdemokratie zu besiegen!“ Das müßten die kommunistischen Parteien „mehr als alles andere im Auge behalten“. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei der „letzte und entscheidende Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen den letzten Exponenten, den letzten Agenten des internationalen Kapitals“. Sinowjew und die Seinen würden sich, wie er beteuerte, „lieber die rechte Hand abschneiden“, als eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten anzustreben. Nun, die Herren werden nicht in Verjuchung kommen, sich ihre „rechte Hand abzuschneiden“, denn eine Gemeinschaft mit Schwindlern, die nur darauf ausgehen, zur Freude des internationalen Kapitalismus die Arbeiterbewegung noch mehr zu schädigen, ist von vorn herein ausgeschlossen! Das gilt für die Sozialdemokratie als Partei, es gilt aber auch für die sozialdemokratischen Arbeiter, welche die Kommunisten gerne „über die Köpfe der Führer hinweg“ einfangen möchten. Die Herren wollen in unsere Versammlungen kommen, um hier für ihren Betrug zu werben. Nun, sie mögen kommen, die nötige Antwort wird ihnen schon erteilt werden. Sie werden bald merken, daß die von Moskau geschleuderten Wankflüche die Partei des sozialistischen Proletariats ebensowenig zu erschüttern, wie die Moskauer „Parolen“ die denkende Arbeiterschaft auf die kommunistischen Abwege zu locken vermögen!

Budgetauschuss des Senats.

Sitzung vom 6. Dezember.

Zur Beratung gelangt das Kapitel

„Finanzministerium“.

Berichterstatter Horáček bemerkt, daß die Einnahmen um 78,945.509 Kronen weniger als im Jahre 1922, die Ausgaben um 134,765.707 K mehr als im Jahre 1922 betragen.

Unter den anderen Neben war die des tschechischen sozialdemokratischen Senatsrats Kouda bemerkenswert, der u. a. erklärte: Ich spreche auch öffentlich als Sozialist aus, daß ich für Minister Rasin in volle Anerkennung habe und daß wir den Minister Rasin zu schätzen wissen.

Darauf kommt

Finanzminister Rasin.

zu Worte, der u. a. ausführte: Von vielen Seiten wird eine Steuerreform gefordert. Ich habe bereits gestern bemerkt, daß an ihr intensiv gearbeitet wird. Die Arbeit ist nicht einfach, denn es sollen neue Steuern geschaffen werden, wo die ganze Volkswirtschaft bei uns und bei unseren Nachbarn noch in einem Zustand der Siedehitze ist. Die Arbeit ist auch dadurch erschwert, daß wir bisher noch keine Steuerstatistik haben und auch bisher nicht haben können, welche uns erweisen würde, wie die geplante Steuerreform wirken wird. Zuerst müssen wir die Ausgaben des Staates verringern, dann erst können wir die Steuern ermäßigen. Eine Finanzreform kann nicht über Nacht geschaffen werden. Zu der Erklärung des Berichterstatters Dr. Horáček bemerkt der Minister eine Revision der Zoloeffizienten im Zuge ist. Der Minister geht sodann zu Erläuterungen über die Grundzüge der Zollpolitik über, spricht über Finanzzölle, Schutzzölle und über das Bewilligungsverfahren. An den Finanzzöllen, so führt der Minister aus, welche eigentlich die Einhebung einer Steuer an den Grenzen bedeuten, hat der Staat nicht nur ein fiskalisches Interesse, sondern auch das Interesse des Schutzes unserer Produktion. So schützt z. B. der Zoll auf Kaffee unsere ganze Erzeugung von Jichorie, Malzkaffee und andere Kaffee-Erzeugnisse, ist also indirekt ein Schutzzoll für unsere landwirtschaftliche und industrielle Produktion. Ähnlich ist es auch bei Kakao der Fall; es wird vielleicht auch zu einer Ermäßigung des Zolles auf Kakaoöl geschritten werden. Der Minister versichert, daß an der Regelung der Zoloeffizienten tatkräftig gearbeitet werde, betont jedoch, daß diese Frage nicht über Nacht gelöst werden kann, weil gründliche Untersuchungen mit den interessierten Kreisen aus Landwirtschaft und Industrie gepflogen werden müssen.

Zu der Bemerkung des Sen. Dr. Spiegel, daß man die Staatsnoten und Münzen oft auswechsle, bemerkt Minister Rasin, daß Fälschungen, die vorgenommen sind, die Finanzverwaltung gezwungen haben, die gefälschten Typen schnell auszuwechseln, was speziell im Interesse der armen Leute gesehen sei, denn ein Ersatz für gefälschte Banknoten könne niemandem gewährt werden.

Bezüglich der Umsatzsteuer erklärt der Minister, daß die Finanzverwaltung bestrebt war, die Steuerdefraudationen möglichst zu verhindern und die Einhebung zu vereinfachen, weshalb, wo es möglich war, die Umsatzsteuer pauschaliert wurde. Dieses System hat sich sehr gut bewährt.

Der Minister konstatiert, daß die Revisionsabteilung des Finanzministeriums dem Staate schon sehr viel Nutzen gebracht habe, daß sie eine große Arbeit geleistet habe und daß man dem Revisionsdepartement für all das, was es für den Staat geleistet habe, dankbar sein müsse. Redner glaube, daß aus einzelnen Fällen keine Beurteilung abgeleitet werden dürfe.

Auf eine Anfrage des Referenten in Angelegenheit des Salza monopols erklärt der Minister, daß das Salz aus unseren eigenen Bergwerken zweifellos etwas teurer sein wird, als das Salz, das wir aus Deutschland importierten. Der Unterschied der Preise zwischen dem Salz aus Deutschland und unserem Salz ist in der Slowakei und in Karpatoruhland unbedeutend, in Böhmen und Mähren wird die Differenz infolge der Transportkosten größer. Naturgemäß wird die Finanzverwaltung bestrebt sein, diese Differenz möglichst zu verringern.

Nun gelangt das Kapitel Ministerium für Schulwesen

zur Beratung. Nach dem Berichterstatter Senator Procházka, der die Frage des Schulwesens im Sinne der Mehrheitsparteien behandelt, gelangte, nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten,

Genosse Senator Starč

zum Worte und führte aus, daß unsere Partei zu diesem für die deutsche Arbeiterklasse ungenügend wichtigen Kapitel mehrere Anträge zu stellen habe, um deren Annahme er den Budgetauschuss bitte. Es wäre notwendig, daß wir bei diesem Kapitel ein ebenso berechtigtes als gerechtes Klagegeld anstimmen, wie ein solches im Laufe des Vormittags vom Senator Hatil angestimmt wurde. Wir wollen dies nicht tun, einerseits mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit, die uns zur Beratung zur Verfügung steht, andererseits deswegen, weil wir wissen, daß die Herren der Majorität über die Bedrückung des deutschen Schulwesens bestens informiert sind. Genosse Starč stellt sodann unter kurzer Begründung unsere, bereits auch im Abgeordnetenhaus eingebrachten Änderungsanträge.

Auf die Ausführungen der einzelnen Redner antwortet der

Unterrichtminister Rechyň.

Er erklärt u. a., daß der Staat, der 13 Millionen Einwohner zählt, für die verschiede-

Lösungsvorschläge für das Meerengenproblem.

Das Programm der Alliierten.

Lausanne, 5. Dezember. (Savas.) Nach dem stürmischen Montag ist heute eine offizielle Besserung der Lage eingetreten. Die Bevollmächtigten der Alliierten, die Italiener inbegriffen, haben gestern ein Einvernehmen erzielt, welches zu folgenden Ergebnissen gelangt ist: Die Mächte bleiben ihren in der interalliierten Note vom 25. September enthaltenen Vorschlägen treu und beharren auf dem Grundsatz der Freiheit der Meerengen, sowohl für Handels- als auch für Kriegsschiffe. Sie sind der Ansicht, daß die Freiheit der Fahrt der Handelsschiffe durch die Meerengen im Marmara- und im Schwarzen Meere nicht ohne irgendwelche Freiheiten für die Fahrt der Kriegsschiffe im Frieden und im Kriege erfolgen könne. Sie gestehen aber zu, daß dieses Recht gemäß den Dispositionen, über welche eingehend zu diskutieren ist, geregelt und daß die Durchfahrt der Schiffe entweder auf Grund der Tonnage oder nach den Einheiten der Kriegsschiffe beschränkt werde. (Zu Beginn der Verhandlungen hatte die englische These die absolute freie Durchfahrt für alle Kriegsschiffe ohne irgend eine Einschränkung oder Restriktion gefordert. Mit der Kontrolle der Freiheit der Meerengen soll an Stelle des Völkerbundes, wie früher beantragt wurde, eine interalliierte Kommission betraut werden, in welcher die Großmächte, die Türkei, die Schwarze-Meerstaaten, Rußland und Bulgarien vertreten wären. Schließlich würden die Mächte auf der Demilitarisierung einiger an den Meer-

engen liegender Zonen beharren. Diese Vorschläge wurden am Abend von den Bevollmächtigten der drei Mächte genehmigt, die schriftliche Vereinbarung parafiert und der Beschluß gefaßt, daß Lord Curzon in der Mittwoch stattfindenden Sitzung der Kommission für die Meerengenfrage den Bericht erstatte.

Der Standpunkt der Russen und Türken.

Lausanne, 5. Dezember. (Schweiz. Dep.-Ag.) Tschitscherin erklärte gestern abends den Pressevertretern, Rußland habe eine Kombination ins Auge gefaßt, die die Regelung der Meerengenfrage bezweckt. Es sollte eine internationale rein technische Kommission oder eine Kommission eingesetzt werden, der die weitgehendsten Vollmachten für die Durchführung ihrer Aufgaben sowie eine Polizeikommission zur Verfügung gestellt werden wird.

Die türkische Delegation veröffentlichte eine Erklärung, worin sie die bisherigen Verhandlungen der Kommission dem allgemeinen Eindruck nach als nicht genügend betrachtet. Sie betont, daß die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen bei einem Gebiete gelegen sind, über das die Türkei uneingeschränkte Herrschaft habe. Da nun aber die Mächte die freie Durchfahrt durch türkisches Gebiet verlangen, will die türkische Delegation die Vorschläge der Mächte prüfen.

nen Minderheitsvölker Hochschulen aller Arten nicht errichten kann. Der Minister wünscht, daß jegliche nationale Streitigkeiten aus den Schulen verbannt werden. Es ist Sache der Deutschen selbst, dort, wo sie in der Mehrheit sind, sich aus kleinlichen Gründen nicht gegen die Errichtung der tschechischen Minderheitsschulen zu wehren. Im ganzen und großen gesagt, können die von deutscher Seite vorgebrachten Beschwerden nicht ernst genommen werden, wenn wir sehen, wie die deutschen Gebiete überall mit Schulen aller Art, die sich in bester Ordnung befinden, versorgt sind. Von irgend einer schiefmütterlichen Behandlung des Minderheitenschulwesens bei uns kann nicht die Rede sein. Der Minister leugnet nicht, daß er mit einigen Ereignissen, die sich in den ersten Tagen des Umsturzes auf dem Gebiete des Schulwesens abspielten, nicht übereinstimme. Die Reduktion der Klassen ist nicht gegen die Deutschen gerichtet, sondern es werden auch tschechische Klassen gesperrt; das ist eine Sache, welche mit dem Geburtenrückgang im Kriege zusammenhängt. Der Minister erklärte dann, daß auf einen Hörer der tschechischen Universität in Prag ein Aufwand von 2379 Kronen entfällt, während der Aufwand für einen Hörer der deutschen Universität 3417 Kronen beträgt, also um 44 Prozent höher ist. Der Minister bespricht sodann die Frage der Universitätsbibliotheken und die Theaterfrage. In das Schulministerium kommen sehr oft Deputationen, die fordern, daß der Staat die Theaterdefizite bezahle. Es handelt sich da um tschechische und deutsche Theater. Der Minister anerkennt, daß der Stand der Theater kein erfreulicher ist, erklärt aber, daß das Schulministerium die Theaterdefizite nicht bezahlen könne, weil hierzu die Mittel fehlen. Auf der einen Seite ruft man nach einem Abbau der Steuern, auf der anderen Seite kommt man mit der Forderung nach Unterstützungen. Wenn wir an den tuberkulösen Kindern und den Invaliden sparen, warum sollten wir nicht auf diesem Gebiete sparen.

Zur Frage der Volkserziehung erklärt der Minister, daß es sich hauptsächlich um die Durchführung des Gesetzes über die Bürgererziehungskurse und um die Durchführung des Gesetzes über die Gemeindebüchereien handelt. Die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat muß durchdiskutiert werden. Die sogenannte Trennungskommission, in der die Vertreter der beteiligten Ministerien sitzen, arbeitet sehr fleißig und regelmäßig. Es werden Gesetze vorbereitet betreffend die kirchlichen Feiertage, die Benutzung der Kirchen und Friedhöfe, das Patronatsrecht usw. Im Prinzip sei die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat eine politische und ihre Lösung werde eben mit Rücksicht darauf vor sich gehen. Entschieden aber entspricht es nicht den Tatsachen, daß diese Lösung in eine unabsehbare Zeit verschoben worden wäre.

Nach der Rede des Ministers Bechyň gelangte das Kapitel Ministerium für Landwirtschaft

zur Behandlung.

Nach einigen Rednern nahm auch

Genosse Senator Starč

zum Kapitel „Landwirtschaft“ Stellung und führte aus, daß wir uns mit der Art der Durchführung der Bodenreform und der Wälderverstaatlichung nicht einverstanden erklären können. Wir verlangen, daß die Bodenreform so gelöst wird, daß der Boden den zu Zweckerbänden zusammengeschlossenen Gemeinden überwiesen wird, ebenso verlangen wir, daß der beschlagene Wald den Gemeinden zur Bewirtschaftung überwiesen wird. Wenn von der Mehrheit eingesetzt werden sollte, daß die Gemeinden schlechte Wirtschaftler auf

diesem Gebiete wären, können wir mit Beispielen dienen, daß die Gemeinden sowohl den Boden, als auch die Wälder zur vollsten Zufriedenheit verwalten können. In Bezug auf die legitime Verpachtung von Gemeindegrundstücken verlangen wir, die Beseitigung der legitimatorischen Verpachtung, da diese große Unzulänglichkeiten unter den Gemeindegewässern heraufbeschwört. Ebenso verlangen wir die Regelung der Frage des Gemeindegutes, die ebenfalls im Interesse aller Gemeindegewässern gelegen ist.

Udrzal über das Milizsystem.

In der Dienstagssitzung des Budgetauschusses des Senats sprach Minister Udrzal zum Kapitel über das Nationalverteidigungsministerium und führte u. a. aus, daß man bestrebt ist, durch Bau von Ubstationen in der Slowakei und Karpatoruhland der Gefahr vorzubeugen, große Verluste im Pferdematerial zu erleiden. Der Minister erklärte weiter, daß die ordentliche Ausrüstung des Artilleriekorps eine wichtige Frage sei. Ueber

Das Milizsystem

führte der Minister aus: „Sehr fleißig studieren wir die Frage des Milizsystems und entfenden nach dem Ausland Fachmänner, die jedoch sehr betrübende Nachrichten bringen, daß nämlich die Miliz nach der Seite der Wirtschaftlichkeit nicht entspreche, weil sie sehr teuer, ja teurer als das stehende Heer sei.“ Der Minister betont aber des weiteren, es sei schwer, die Miliz in einem Staate einzuführen, wo immer noch starke Elemente sind, die sich zu diesem Staate nicht bekennen wollen und ihre Heimat außerhalb seiner Grenzen suchen. Jene Herren, die die Einführung des Milizsystems bei uns anstreben, sollen in erster Reihe danach streben, auch das staatszerhaltende Element im Staate zu stärken. Soweit die Dedung der Mobilisierungskosten in Betracht kommt, erklärt der Minister, daß diese Ausgaben aus dem Budget des Jahres 1921 gedeckt worden sind. Der Gesamtaufwand für die vorjährige Mobilisierung habe ungefähr eine halbe Milliarde betragen. In seinen weiteren Ausführungen bezeichnet der Minister die militärischen Übungen als unbedingt notwendig. Man werde den dafür vorgesehene Kosten künftig vergrößern müssen. Zum Schluß antwortet der Minister noch auf zahlreiche seitens der einzelnen Parteien vorgebrachten Beschwerden.

Das Budget des Innenministeriums.

In der Dienstagssitzung des Budgetauschusses sprach auch Minister Malypetr über sein Ressort. Er erklärte u. a., daß bei der Verfassung nicht bloß die lokalen Interessen der Gemeinden sondern des ganzen Bezirkes berücksichtigt werden müssen. Uebrigens wird auf die definitive Regelung der Nationalversammlung wesentlichen Einfluß nehmen. Der Minister versichert, daß das Innenministerium bestrebt ist, sich über die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände in der ganzen Republik zu informieren. Was den Ausbau von Groß-Prag anbelangt, ist diese komplizierte Frage Gegenstand besonderer Verhandlungen und Erhebungen. Es wird bald zur Teilung Prags in Bezirke geschritten werden können und in nächster Zeit wird auch die erweiterte Verwaltungskommission ernannt werden können. Ueber die Frage der Polizei und Gendarmerie konstatiert der Minister, daß die Leistungen dieser Organe sehr zufriedenstellend sind. Was die Wahlen in die Gemeinden und die Parlements wahlen in den inkorporierten Gebieten anbelangt, werden ihrer Durchführung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Inland.

Kramář gegen Benes. Der verärgerte Dr. Kramář hat eine neue Kampagne gegen seinen alten Gegner den Minister des Äußeren Dr. Benes eingeleitet. Die „Narodni Listy“ brachten vorgestern die Nachricht eines Pariser Blattes, wonach der Minister des Äußeren Dr. Benes den Vermittler zwischen Sowjetrußland und der Kleinen Entente spiele und daß er auf der Konferenz in Lausanne unter den Staatsmännern der Kleinen Entente für die de jure-Anerkennung (nicht nur die tatsächliche, sondern auch die rechtliche Anerkennung) Sowjetrußlands eingetreten sei. Die „Narodni Listy“ haben gestern die Kampagne fort und stellen fest, daß diese Nachricht nicht nur in den Pariser, sondern auch in den von der Belgroder Regierung inspirierten jug-slawischen Blättern sowie in deutschen und polnischen Zeitungen gestanden habe. Deswegen hätten die „Narodni Listy“ energisch ein Dementi dieser Nachricht verlangt. Mit Bemerkung stellt dieses Blatt nun fest, daß tatsächlich berichtet worden sei, daß Benes in der oben angeführten Weise als Vermittler zwischen der Kleinen Entente und Sowjetrußland tätig gewesen sei, daß die Öffentlichkeit gegen die Anerkennung der Sowjetregierung de jure Stellung nehme und daß die Reaktion in dieser Frage einheitlich sei. Es bedeuete dies einen Umsturz, weil vor kurzer Zeit die Mehrheit des auswärtigen Ausschusses für eine Resolution war, wonach die Sowjetregierung de jure anerkannt werde. Das Blatt erklärt sodann weiter: „Wir werden in dieser Sache nicht nachgeben und die Nation auch nicht. Wir werden weiter stets auf der Wacht sein und in unserer Berichterstattung werden wir uns keinesfalls allein an den amtlichen Schimmel binden. Wir lassen uns nicht im Namen der Koalition die Hände binden und darin, daß wir der Nation die Wahrheit nicht verschweigen, ob sie jemandem gefalle oder nicht.“ Daraus geht hervor, daß Dr. Kramář seine Kampagne gegen Benes weiterbetreiben wird, was ein neues Sprengmittel der Reaktion bedeutet.

Neue Wirren in der tschechisch-nationalsozialistischen Partei. Raum ist die Krise beilegt, welche die Abgeordnete Landos-Sich sowie Doktor Ubravský durch ihr Koalieren mit den Kommunisten in der nationalsozialistischen Partei hervorgerufen haben, droht ein neuer Streitfall die Geister zu scheiden. Diesmal handelt es sich um die Kürzung der Bezüge der Staatsangestellten, welche die Koalition in der nächsten Zeit vornehmen will. Dagegen tritt sehr scharf das Blatt der tschechischen nationalsozialistischen Eisenbahner auf, der größten Gewerkschaftsorganisation der tschechisch-nationalsozialistischen Partei. Dies ist umso ausführlicher, als an der Spitze des Eisenbahnministeriums gleichfalls ein tschechischer Nationalsozialist, nämlich der Abgeordnete Stribny, steht. Das Blatt schreibt, daß „die Staatsangestelltenfrage, die am Vorabend ihrer Lösung steht, die erste Probe auf die Widerstandsfähigkeit der sozialistischen Regierungsvertretung“ ist. „Wir wissen, daß die Koalition ein Kompromißgebilde ist, aber ein Kompromiß bedeutet beiderseitige Konzessionen — nicht das Sündigen auf die Staatsstreue der Sozialisten zugunsten der bürgerlichen und kapitalistischen Parteien. Wir könnten daher das Regierungsprojekt der Regelung der Bezüge der Staats- und Eisenbahnangestellten nicht verstehen und wir könnten uns als Organisation dieser Angestellten nicht den Folgen entziehen, welche für uns notwendigerweise entstehen würden, in dem Verhältnis zu irgend einer Partei, welche dem Regierungsantrag ihre Genehmigung erteilen würde.“ Die letzte Bemerkung ist also eine offene Drohung mit dem Austritt aus der Partei, wenn diese dem Regierungsvorschlag über den Abbau der Staatsbeamtengehälter zustimmt. Daß davon die gegenwärtige Regierungscoalition im Parlament und die Regierung selbst nicht unberührt bleiben könnte, ist klar. An allen Erscheinungen der letzten Zeit merkt man, daß sich die Schatten des Abends niederstrecken über der all-nationalen Koalition.

Die Zusammenlegung und Teilung von Gemeinden. In der gestrigen Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses stand die Regierungsvorlage über die Verlängerung der Vollmacht der Regierung zur Zusammenlegung und Teilung von Gemeinden und zur Veränderung der Grenzen von Bezirken, Gauen und Gerichtsbezirken bis zum Ende des Jahres 1923. Die für 10 Uhr vormittags angeordnete Sitzung konnte nicht eröffnet werden, weil das ausschließliche aus Vertretern der Koalitionsparteien zusammengesetzte Subkomitee mit seinen Arbeiten nicht fertig war. Erst gegen 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung. Abg. Genosse Dr. Haas bemängelte, daß in das Subkomitee nur Angehörige der Koalitionsparteien ernannt wurden, worauf der Vorsitzende Abgeordneter Hruban erklärte, es sei dies gänzlich unabdinglich gewesen und auf einen bloßen Zufall zurückzuführen. Abg. Genosse Haas erwähnte die zahlreichen Mängel der bisherigen Praxis, besprach die Schaffung von Groß-Brünn, die Zusammenlegung von Mähly mit mehreren umliegenden sehr weit entfernten Gemeinden, wies auf die Schwierigkeiten, welche bei der Zusammenlegung der Nachbargemeinden mit Karlsbad und der Gemeinde Mähly mit Schwegerdorf gemacht wurden und beschäftigte sich schließlich mit dem Plane der Schaffung von Groß-Strau sowie mit der eigentlich von einem einzigen Menschen propagierten Teilung der Gemeinde Groß-Oberberg.

Genossen, lebet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Tages-Neuigkeiten.

Kommunisten und Merikale auf einer gemeinsamen Wahlliste. Bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen in den Gemeinderat von Laibach hatten sich die Kommunisten und Merikalen auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Es waren im ganzen 49 Gemeinderatsmitglieder zu vergeben. Die neue Gemeinderatsordnung in Jugoslawien bestimmt, daß diejenige Partei, welche die relative Mehrheit hat, die Hälfte der Mandate zugeteilt bekommt. Die andere Hälfte der Mandate wird auf alle Parteien nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen verteilt. Vizeführer der kommunistisch-merikalen Liste war der kommunistische Advokat Beric. Diese Liste konnte von 8985 Stimmen 3052 auf sich vereinen, sodas die Merikalen und Kommunisten 35 Mandate, die Demokraten fünf Mandate, die Sozialdemokraten ein Mandat und die vereinigten Nationalsozialisten und Deutschradikalen, bei denen auch die selbständige Bauernpartei mitgewählt wurde, 3 Mandate erzielten. Zum Bürgermeister von Laibach wird höchstwahrscheinlich der Führer der kommunistisch-merikalen Wahlkoalition Beric gewählt werden. — Die in Laibach zutage getretene Koalition der Kommunisten mit der „schwarzen Internationale“ ist jedenfalls auch eine Auswirkung jener neuen „Achsenlinie“, die auf dem letzten Kongreß der „deutschen Internationale“ in Moskau festgelegt wurden. Für die Arbeiterschaft ist dieses Vorgehen der Kommunisten von größter Bedeutung. Denn wenn die Arbeiter die Moskauer Heilsjünger nicht bald zum Teufel jagen, so kann es ihnen passieren, daß sie sich einmal im Schlepptau der „alleinig seligmachenden“ Kirche wiederfinden werden.

Sie befehlen den Führer. In einer am vergangenen Samstag in Leipzig stattgefundenen Versammlung des Abgeordneten Kosta kam auch der Kreisgeschäftsführer der deutschen Nationalpartei zu Worte, der über Ledgman sagte: „Es ist nicht persönlicher Standpunkt, daß es von Dr. Ledgman unklug war — obwohl er es ehrlich meinte — den Hochverrat öffentlich zu propagieren. Ob man ihm dies aber nachtragen soll, ist eine andere Frage.“ — Der deutschnationalen Kreisgeschäftsführer hielt es also für angebracht, dem stets bewunderten Führer und Helden Dr. Ledgman weise Lehren zu erteilen. Es fragt sich nur, wer von den beiden die weisen Lehren notwendiger hat.

Entlassung von 600 Angestellten des Ministeriums für Nationalverteidigung? Wie das „Cesko-Slovo“ meldet, gedenkt das Ministerium für Nationalverteidigung, das gegenwärtig 1900 Personen beschäftigt — das französische Kriegsministerium hat 1400 Angestellte — einen Teil seines Personals, angeblich 600 Angestellte, zu entlassen.

Der Merikalismus in Oesterreich und in der Tschechoslowakei. Der Abgeordnete des österreichischen Nationalrates Witternigg hat in einer Rede, die er zu den Erfassungsmassnahmen der österreichischen Regierung im Nationalrat hielt, eine umfassende Darstellung des merikalen Regimes in Oesterreich gegeben. Nach seinen Ausführungen gibt es demnach in der Republik Oesterreich ohne das Burgenland 15 Kanonikate, 12 Kreisdekanate 213 Dekanate, 3307 Pfarreien mit 7265 Merikalern, 219 Mönche und Stifte mit 5689 Mönchen und 885 Frauenklöster mit 17.296 Nonnen. Das ergibt zusammen 30.250 Mitglieder des Merikalismus, die zum größten Teil vom Staate ausgehalten werden. Der österreichische Staat gibt für die Seelsorgeeinrichtungen im Jahre 1923 95 Milliarden Kronen aus. — Einen Einblick in die Machtstellung der Merikalen in der Tschechoslo-

wakei gibt der Bericht über den Priesterwachstum in den sieben tschechischen Priesterseminaren dieses Sommers. Es studieren in diesen Seminaren außer den Ausländern 252 Theologen und zwar in Brünn 50 (darunter 16 Deutsche), in Olmütz 80 (29 Deutsche), in Budweis 14 (11 Deutsche), in Königgrätz 17 (5 Deutsche), in Leitmeritz 11 (37 Deutsche), in Prag 37 (23 Deutsche) und in Weidenau 13 (10 Deutsche). Insgesamt 121 Tschechen und 131 Deutsche. — Interessant ist es, daß in der Tschechoslowakei mehr Deutsche als Tschechen dem Studium der Theologie widmen. Es ist daraus ersichtlich, daß die „Los von Rom“-Bewegung unter dem tschechischen Bürgertum entschieden an Boden verloren hat, während sie bei den Tschechen immerhin noch in gewissem Maße vorhanden ist. Es wäre weiter jedenfalls auch von größtem Interesse zu erfahren, wie viel Mönche und Stifte, Pfarreien und sonstige merikale Binduren es in diesem Staate gibt.

Entlassung der freilebenden Berliner Schauspieler. Nach der „B. Z. am Mittag“ ist die Lage im Theaterkreis unverändert. Zämtliche streikende Angehörige erhielten im eingeschriebenen Briefe die Mitteilung ihrer freilosen Entlassung wegen Dienstreueverweigerung.

Die Lage in Klausenburg. Wie aus Klausenburg gemeldet wird, haben sich am Mittwoch die antisemitischen Ausschreitungen nicht mehr wiederholt. Da eine große Anzahl Militärpatrouillen aufgestellt wurde, ist in der ganzen Stadt Ruhe eingekehrt. An der Universität fanden am Mittwoch für Mediziner keine Vorträge statt. Die nichtarabischen Studenten besuchten nicht die Universität, sondern warteten die Maßnahmen des Universitätsrates ab.

Die Zahl der pensionierten Offiziere in Deutschland. Das Deutsche Reich hat nach dem Stande von Ende November d. J. rund 46.630 verabschiedete Offiziere zu unterhalten. Davon sind: 8100 Leutnants, Oberleutnants, Oberärzte usw., 18.000 Hauptleute, Rittmeister, Stabsärzte und Staatsbevollmächtigte, 8600 Majore, Oberstabsärzte, 6200 Oberleutnants, Generaloberärzte und Veterinäre, 3000 Obersten, Generalärzte und Veterinäre, 1700 Generalmajore, Generalstabsärzte und Veterinäre, 800 Generalleutnants und Generaloberstabsärzte und 200 Generale. In diesen Zahlen sind die gleichen Dienstgrade der Marine mitenthalten. Leider wird nicht gesagt, welche Summen für die Pensionen aufgebracht werden, welche Beträge also die Reichsregierung hauptsächlich zur Unterstützung der deutschnationalen Agitation gegen die Republik verausgabt.

Beim Weltfriedenskongreß im Haag, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund vom 10. bis 15. Dezember 1922 veranstaltet wird, werden neben einer Ansprache des Vorsitzenden J. S. Thomas, des Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Sekretärs des Britischen Eisenbahnerverbandes, noch folgende Punkte behandelt: Die Notwendigkeit der Konzentrierung aller für den Frieden arbeitenden Kräfte auf ein gemeinsames Ziel, auf der Basis der Resolution des Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Berichterstatter: J. J. H. u. r., Paris, Sekretär des Französischen Gewerkschaftsbundes, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, „Arieg dem Kriege“. — Die Aufgabe der organisierten Arbeiter in der Bewegung für den Weltfrieden. Berichterstatter: E. J. i. m. e. n., Amsterdam, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Transportarbeiter Föderation. Was haben die

Regierungen und die verschiedenen politischen Parteien für die Sicherung des Friedens getan und was können sie in Zukunft tun? Bericht erstatter: Arthur Henderson, London, Sekretär der Britischen Arbeiterpartei. Die Förderung des Friedensideals unter der heranzwachsenden Generation auf dem Wege der Erziehung. Berichterstatter: Professor Quiffon, Paris. Die politischen Organisationen und ihre Aufgabe in der Weltbewegung gegen den Krieg. Berichterstatter: Professor Dr. L. D. u. i. d. e., München, Vorsitzender des Deutschen Friedensrats.

Anlauf der Gablonyer Straßenbahn durch die Gemeinde Gablony. Am Dienstag hielt die Stadtratsversammlung von Gablony eine außerordentliche Sitzung ab, in der der Antrag des Stadtrates auf Anlauf der Aktien der elektrischen Straßenbahngesellschaft angenommen wurde. Bezüglich des Preises der Aktien wurden nochmalige Verhandlungen mit den Gesellschaften eingeleitet.

Verhaftung eines Milliardenbetrügers in Berlin. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den Urheber eines ungewöhnlichen Betrugsmanövers zu verhaften, durch das eine ganze Reihe von Händlern mit Edelmetallen um Milliarden geschädigt worden ist. Es handelt sich um den 26 Jahre alten aus Rußland gebürtigen Kaufmann Samuel R o s e n e d, der die von ihm erworbenen Gold- und Silbergegenstände in Porten umschmolz und mit gefälschten Scheinen der deutschen Scheidebank Berlin in Umlauf setzte.

Tragisches Ende einer Schneeballschlacht. Vor einigen Tagen veranstalteten einige Schulfreunde in Mährisch-Osttau auf einer Straße eine Schneeballschlacht. Gemäß der beiderseitigen Vereinbarung blieben die Betroffenen als „Verwundete“ solange im Schnee liegen, bis sie von der „Sanität“ abgeholt wurden. Die Kinder bemerkten nicht, daß ein Militärauto herannah und auch der Autofahrer sah einen Knaben nicht, der mitten auf der Straße im Schnee liegen geblieben war. Der Knabe wurde überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einigen Stunden starb.

Explosion eines Dampfzuges. Auf der Landstraße, die vom Johannsberg nach Wien bei Brag herabgeht, explodierte am Samstag der Dampfzug eines Dampfzuges, der dem Landwirt Emil Griehl aus Wien gehörte. Die beiden Heizer des Dampfzuges, Wenzel B r a b e u und Emanuel K o r a n erlitten schwere Verletzungen.

Die Luftschiffahrt. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Verkehrsausschusses stand eine Regierungsvorlage, durch die der Nationalversammlung der Vertrag über die Luftschiffahrtregelung vorgelegt wird, der in Paris am 13. Oktober 1919 abgeschlossen wurde. Abg. Genosse Dr. S o l i t z e r erhob die Anklage, daß der vor drei Jahren abgeschlossene Vertrag erst jetzt der Vollverteilung vorgelegt wird. Er protestiert dagegen, daß die Rechte der Volkvertretung verletzt und so auch inaktiviert werden. Er wandte sich ferner gegen die Bestimmung des Artikels 34, Kapitel 8 des Vertrages, durch den festgesetzt wird, daß die fünf Großmächte, Frankreich, Vereinigte Staaten, Italien, Japan und Großbritannien in der internationalen Luftschiffahrtskommission um eine Stimme mehr haben, als alle anderen darin vertretenen Staaten zusammen. Er betont die Notwendigkeit, daß unser Vertreter in der Kommission eine Änderung dieser Bestimmung herbeizuführen suche. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde die Genehmigung des Vertrages beschlossen.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses beginnt um ein Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung befinden sich außer den beiden Lesungen der in der letzten Sitzung genehmigten Gesetzesanträge und einiger kleinerer Vorlagen,

auch der Bericht des Außen- und Budgetausschusses über den Regierungsantrag, durch den der Nationalversammlung die Verträge zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei vom 17. Dezember 1921 und 10. August 1920 vorgelegt werden. Ferner einige formale und Immunitätsangelegenheiten. — Um neun Uhr vormittags findet eine Sitzung der Präsidien beider Häuser statt, um halb zehn Uhr vormittags tritt der landwirtschaftliche Ausschuss zusammen.

Warnung an Arbeitssuchende! Das tschechoslowakische Konsulat in Warna warnt die tschechoslowakischen Staatsangehörigen eindringlich, in Bulgarien Arbeit zu suchen, ohne sich früher eine Stelle zu sichern. In der letzten Zeit hat sich eine ganze Reihe solcher Fälle ereignet. In Bulgarien, das um russischen Flüchtlingen überflutet ist, die um jeden Lohn arbeiten, ist in der Regel überhaupt keine Beschäftigung zu finden, und ebenso die Hoffnung vergeblich, in den Nachbarstaaten unterzukommen. Auch die Schiffahrtsgesellschaften weigern sich, Bordarbeiter aufzunehmen, welche sich erdödig machen, jedwede Arbeit auf den Schiffen zu verrichten.

Ein geistlicher Betrüger. Dieser Tage wurde dem Strafgericht ein gewisser P o d s t a j k y eingeliefert, der eine Reihe von originellen Betrugsereien durchgeführt hat. Am 19. Oktober brachte die Frau des Oberwachmannes Franz K o s t a u s Rußland schwer erkrankten Mann in das Allgemeine Krankenhaus, wo dieser später starb. In der Aufnahmestanzel gestellte sich ihr ein Mann zu, der sich als Assistenzarzt der Klinik ausgab und ihr mitteilte, daß er den Kranken pflegen werde. Die Frau war froh, mit einem Arzt bekannt geworden zu sein und sagte zu ihm volles Vertrauen. Der vermeintliche Arzt begleitete dann die Frau nach Hause und entlockte ihr auf dem Wege 300 K für Arzneien, welche angeblich nur ein Arzt ohne Rezept angefordert bekommt. In der Wohnung sprach dann P o d s t a j k y verschiedene Personen im Werte von 5000 K. Einer der vielen anderen Fälle ist dieser: Am 9. November fiel eine Frau aus Reuthaus in Prag in der Parkstraße aus der Elektrischen und beschwerte sich den Mantel. Sie ging in die Waschküche des Waisenhause, wohin bald ein Herr kam, der sich als Eisenbahnarzt vorstellte und ihr den Mantel gab, das schmutzige Kleidungsstück in eine Bagasse zu senden. Die Frau tat dies und als sie sich später den Mantel abholen wollte, wurde ihr mitgeteilt, daß der angebliche Eisenbahnarzt bereits den Mantel mitgenommen habe. Einer anderen Frau verpackte P o d s t a j k y die Ehe und entlockte ihr unter diesem Vorwand eine größere Geldsumme. Außerdem vollführte er mehrere Diebstähle auf Bahnhöfen und an anderen Orten, wo viele Leute zusammenkommen. Nun hat man dem Gauner das Handwerk gelernt und er wird Zeit haben, in Bankrott über seine Taten nachzudenken.

Interventionen in Arbeitslosenangelegenheiten im Ministerium für soziale Fürsorge. Das Ministerium für soziale Fürsorge gibt bekannt, daß in der letzten Zeit Interventionen um Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung im Ministerium sich häufen. Das Ministerium für soziale Fürsorge ersucht daher, man möge sich in Angelegenheit der Arbeitslosenunterstützung an die politische Behörde erster Instanz (Politische Bezirksverwaltung, Magistrat) wenden, welche Richter nach dem Gesetze zur Entscheidung über den Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung berufen sind. Wenn man schon im Ministerium für soziale Fürsorge interveniert, dann möge man stets ein schriftliches Gesuch mitbringen, in dem der Fall kurz erzählt wird. Die Besuchsstunden des Ministeriums für soziale Fürsorge sind nur Dienstag und Freitag von 9 bis 13 Uhr, an den anderen Tagen werden Parteien nicht empfangen.

Die Enttöpfung der Welt.

Von Professor Emanuel D e l e .

Kindische Naivität, erhabene Dichtung und gedankenvolle Philosophie behandelten seit jeher die kosmogonischen Fragen: Wie ist die Welt entstanden, wie kann sie bestehen und wie wird sie enden? Die Poësie wurde naiv und metaphysisch, die Philosophie hingegen phantastisch und poetisch, wenn sie diese Probleme berührte. Das schönste, tiefmetaphysische Bild, das die uralte Mythologie hervorgebracht, ist vielleicht das brahmanische, nach dem die Welt aus einem Ei entstand, das durch die Macht der Vernunft geöffnet wurde. Es würde zu weit führen, wenn wir auch nur den kürzesten Heberblick über die phantastischen kosmogonischen Theorien geben wollten, die der in dieser Beziehung so äußerst fruchtbare, naive menschliche Geist hervorgebracht und jahrtausendlang im Gedächtnis bewahrt hat. An dieser Stelle will ich mich ausschließlich damit befassen, was die Wissenschaft, und zwar die Naturwissenschaft, produziert.

Von diesem Standpunkte betrachtet, bewahrt sich wieder das allgemeine Prinzip, daß eine jede wissenschaftliche Periode ihre eigene Weltklärung, ihre eigene Kosmogonie besitzt. Der Mensch schafft seine Welt nach seinem eigenen Anblick, nach seinem Wissen und Können. In dem Maße, in dem sich die Naturwissenschaft entwickelt, wird die alte Theorie ergänzt, vervollständigt, eventuell vollkommen umgearbeitet. In dem Maße, in dem neue Naturkräfte in der wissenschaftlichen Forschung auftauchen, erwachen neue Ursachen und werden neue Wirkungen in dem Weltgebäude erklärt.

Die erste, echte naturwissenschaftliche Kosmogonie entstand, nachdem die erste allgemeine, alles umfassende, herall wirkende Universalkraft, die Schwerkraft, durch Newton erkannt und in die Naturwissenschaft eingeführt war. Es dauerte nicht lange, bis diese universelle Kraft zur Erklärung des Weltentstehens herangezogen wurde.

Den ersten Schritt in dieser Richtung tat der große Philosoph Kant, der in seinen Jugendjahren aus dem Bereiche der Naturwissenschaften und Mathematik die echten und ewig dauernden Bausteine seiner Kritik der reinen Vernunft geholt hatte. Unabhängig von Kant, konstruierte auch Laplace seine Kosmogonie, war mit mehr Mathematik und mehr exakter Astronomie als Kant, aber vollkommen in der Gedankenrichtung des Königsbergers. So entwickelte sich die letztere so verberrlichte Kant-Laplacesche Theorie. Das Wesentliche dieser jetzt schon erheblich überholten Theorie liegt im folgenden: An irgendeiner Stelle des Weltraumes häuft sich Materie, Gas oder Staub, in ungeheurer Verdichtung auf; durch die Massenanziehung erfolgt eine Kontraktion. Der äolishe Nebelball besag eine durch die ungleiche Massenverteilung verursachte, langsame Drehbewegung, die durch die Kontraktion immer schneller wurde. Unter der Wirkung der durch die Rotation hervorgerufenen Zentrifugalkraft wurde die Masse zu einer flachen Scheibe. Von Zeit zu Zeit trennten sich Teile von der chaotischen Masse, die die Drehbewegung weiter fortsetzten. Auch von diesen trennten sich einzelne Teile, oder auch ein ganzer Ring der Nebelmasse, um als Trabanten ihr Leben weiterzuführen. Aus dem mythologischen Nichts wurde durch die Kant-Laplacesche Theorie die chaotische Urmasse, die ihrerseits ursprünglich zu denken war. Aus dem Moment des Welterschaffens wurde eine langsame, stufenweise Entwicklung, deren einzelne Phasen noch immer zu beobachten sind: in den Nebelkernen, am Ringe des Saturnus, an den gewaltigen Eruptionen der Sonne, an der Zerbröckelung einzelner Weltkörper.

Durch die Kant-Laplacesche Theorie ist die auffallende Tatsache erklärt, daß die Planeten beinahe alle in derselben Ebene um die Sonne kreisen, daß sie alle — mit Ausnahme des damals noch unbekanntem Uranus — ihre eigene Drehung in dem Sinne vollführen, in dem sie um die Sonne kreisen, und noch manche andere Erscheinungen finden ihre Erklärung in dieser Theorie. Die Glaubwürdigkeit der Kant-Laplace-

schen Theorie wurde durch neuentdeckte Tatsachen gesteigert. Besonders durch die von Bunsen und Kirchhoff entdeckte Spektralanalyse, die den Erdbewohner dazu befähigte, die Materie fremder Weltkörper zu untersuchen. Diese Untersuchungen führten zu der wunderbaren Tatsache, daß alle Weltkörper aus der gleichen Materie bestehen, wodurch der gemeinsame Ursprung aller Weltkörper noch glaubwürdiger wurde. Noch gab es aber keine Antwort auf die naturgemäße aufsteigende Frage, wie die Welt weiter bestehen konnte, woher die fortwährende Sonnenwärme käme.

Die Physik entwickelte sich. Robert Mayer, Helmholtz und Joule brachten ein neues Prinzip in die Naturwissenschaften: die Erhaltung der Kraft. Natürlicherweise wurde dieses universelle Prinzip sofort zur Weiterentwicklung der Kosmogonie herangezogen. Helmholtz zeigte, daß die Masse des Weltkörpers durch die von Kant und Laplace behauptete Kontraktion in hohe Stat kommen kann, und stellte die weitere Hypothese auf, daß die Wärme der Sonne durch die in sie fortwährend hineinschlagenden Meteore, also durch die Umwandlung der Bewegungsenergie in Wärmeenergie, erhalten wird. Später wurde diese Hypothese durch Arrhenius erweitert, der in den Zusammenstößen der Weltkörper die Quelle neuer Wärme erblickte.

Die Wissenschaft ging weiter ihren Weg. Zur Erhaltung der Kraft, die die Umwandlung der Bewegungsenergie in gleichwertige Wärmeenergie lehrt, kam der sogenannte zweite Hauptsatz der Wärmelehre, nach dem, um nur das Wesentliche zu erwähnen, Wärme sich nicht völlig in Bewegungsenergie verwandeln kann, sondern ein Teil der Wärme als degradierte Energie von einem wärmeren Körper in einen kälteren wandern muß; Thomson, der spätere Lord Kelvin, war es, der auf Grund dieses universellen Prinzips darauf aufmerksam machte, daß der gesamte Kraftvorrat der Welt sich allmählich in Wärme umsetzt, die ganze Welt daher mit der Zeit die gleiche Temperatur besitzen, damit aber die Umwandlung der Wärme in jedwede Bewegungsenergie — wozu, wie gesagt, eine Temperatur-

differenz nötig ist — unmöglich sein und folglich das Weltgebäude unrettbar dem Wärmetode verfallen wird.

Ohne mich mit den tiefen, aber im Grunde doch in diesem Gedankengang sich bewegenden Ideen von Arrhenius zu beschäftigen, will ich nur die auf den allerneuesten naturwissenschaftlichen Ergründungen beruhende kosmogonische Theorie von W. N e r n s t erwähnen. Die Kosmogonie war ursprünglich auf der Grundlage der Gravitation entstanden; auf der Grundlage der Erhaltung der Kraft und des zweiten Hauptsatzes der Wärmelehre wurde sie weitergebaut. Seither kam Maxwell, der zu der unversehrten Schneekristalle als kosmogonische Kraft den in den letzten Jahren effektiv nachgewiesenen Strahlendruck gesellte, womit der Astronom von Cambridge, Herr Eddington, die merkwürdige Tatsache erklären konnte, daß die Fixsterne beinahe alle dieselbe Masse besitzen; es kamen ferner Becquerel und das Ehepaar Curie mit der Radioaktivität, mit den enormen Wärmequellen, die die radioaktiven Stoffe in sich bergen; es kamen Rutherford und Soddy mit der Aufspaltung der Atome, mit der nunmehr unbegreiflichen Tatsache, daß aus den radioaktiven Elementen — und wahrscheinlich sind alle Stoffe in gewissem Maße radioaktiv — Heliumatome ausgefördert werden, die die Atome anderer Elemente zerfallen können, indem sie aus dem Kern der Atome ebenfalls Helium und Hydrogenatome herausbombardieren. Und schließlich kam E i n s t e i n mit der die ganze bisherige physikalische Weltanschauung umwälzenden Behauptung, daß Masse und Energie zwei scheinbar verschiedene Formen desselben Phänomens sind; und Nernst selbst mit seinem neuen Hauptsatz der Wärmetheorie, nach dem der absolute Nullpunkt nicht erreichbar ist, und mit seiner Nullpunktenergie, nach der im Weltalter durch die Strahlung der Weltkörper eine enorme Energie angesammelt ist.

Aus allen diesen wissenschaftlichen Bausteinen wird die neueste Kosmogonie aufgebaut. Die Helmholtzsche Meteoritentheorie wird erweitert. Eine neue, fast unerschöpfliche Quelle von

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der dieswöchentliche Reichstag.

Im alten Oesterreich ergoßte der Großstrahl seiner Ansehen die Öffentlichkeit mit seinen wöchentlichen Artikeln zur politischen Lage. Als ihm dann Gelegenheit geboten war, seine dieswöchentlichen politischen Anschauungen praktisch auszuüben, war eine seiner vornehmsten Taten, wieder zum Arzige zu heben und was er während des Krieges geleistet, gehört zu den schönsten Kapiteln der Geschichte Oesterreichs.

Nun ist auch unser Finanzminister Dr. Rasch in dem merkwürdigen Ergeiz befallen, Politik in dieswöchentlichen Raten zu machen und durch politische Kapuzinerpredigten die Welt zu bessern und ihr beizubringen, daß kein Land so gut dran ist wie jenes, das Dr. Rasch zum Finanzminister hat.

Nach halt uns das hohe Lied, das er vorwöchentlich zum Preise der „Persönlichkeit“ anstimmt, in den Ohren und schon erdum dieswöchentlich sein Lymnus an die Freude. Er ist ein finanzpolitischer Optimist, der in allem ein köstlichen Freude findet, und nur nicht begreifen kann, daß andere weinen, wenn er sich freut.

Wie wahr spricht er doch, wenn er uns zum Vortrage macht, daß wenn etwas Schönes bei uns geschieht, niemand sich freut. Bedenken wir doch, was in der letzten Woche Schönes geschehen ist, ohne daß die Öffentlichkeit sich gefreut hätte.

Da werden die Textilwerke der Nord in Daudleb gesperrt, und 800 Arbeiter arbeitslos — freuen Sie sich darüber? Nein, und solange Weihnachtserferien sind doch gewiß etwas Schönes! Im Parlamente werden alle deutschen Anträge niedergestimmt und niemand freut sich, wo doch eine so gut konstruierte Wäskina gewiß etwas sehr Schönes ist. In Brünn tracht die Moravoslovenia banka zusammen — kann man sich etwas Schöneres denken? Und nicht einmal die Gläubiger und Einleger freuen sich, daß sie ihr Geld verlieren.

Aber eine kleine dieswöchentliche Freude hat Herr Rasch auch uns bereitet. Erzählt er uns doch, daß die kritische Situation, die in der Industrie entstanden ist, sich zu bessern beginnt und da erinnern wir uns, daß ja diese Krise nach den Ziffern unserer Handelsbilanz gar nicht bestand.

Und wenn er die Ziffern unserer Handelsbilanz vor uns aufmarschieren läßt, so freuen wir uns — der Fortschritt, die die Statistik seit Potemkins Zeiten gemacht.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuh.

Die Vergebung der Staatsangestellten. — Exekution von Wohnungsbauangelegenheiten. — Teuerungszulagen. — Kriegsbeschädigtenfragen.

In der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses wurde die Spezialdebatte über die Regierungsvorlage, betreffend die Vergebung der Staatsangestellten, fortgesetzt. Der Vertreter des Ministeriums des Innern Dr. Hoff erfuhr um Zurückstellung der Gesetzesvorlage. Abgeordneter Novak referiert hierauf über die Regierungsvorlage, betreffend die Kriegsbeschädigtenfürsorge. In der Generaldebatte konstatiert Abg. Genosse Taub vor allem die bei Behandlung dieser Angelegenheit ausnahmsweise herrschende Übereinstimmung der Meinungen. Er beantragte die Einsetzung eines Subkomitees, welches sogleich zusammenzutreten und seine Arbeiten aufzunehmen hat. Abg. Genosse Taub beantragt ferner die Abänderung der Resolution, dahingehend, die Regierung soll bis 18. Dezember 1922 eine abgeänderte Vorlage vorlegen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Taub, betreffend den Zusatz zur Resolution, wonach die Regierung bis 18. Dezember 1922 eine abgeänderte Vorlage vorzulegen hätte, mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz selbst sowie die vom Referenten beantragte Resolution wurden in ursprünglichen Texten angenommen. In der Resolution des Berichtserstatters wird die Regierung aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, mittels welcher der Termin für die Anmeldung der Kriegsbeschädigten, welcher mit 31. Dezember 1921 abgeschlossen war, verlängert wird.

Es wurde hierauf zur Verhandlung der Regierungsvorlage, betreffend die Exekution von Wohnungsbauangelegenheiten, geschritten. Den Bericht darüber erstattete Abg. Marcha. Vor Eingang in die Generaldebatte beantragt Abgeordneter Langr die Ablehnung dieser Vorlage von der Tagesordnung. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Langr mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen und die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt. Hierauf referierte Abg. Dr. Winter über die Regierungsvorlage, betreffend die Teuerungszulagen zu den Pensionsgewinnern in Oulutschin. Abg. Genosse Taub beantragte die Streichung der Bestimmung, daß die Regierung im Verordnungsweg das Gesetz abändern oder aufheben kann. Der Vertreter der Ministeriums für soziale Fürsorge, sowie der Berichtserstatter Dr. Winter sprachen sich dagegen aus. Die Regierungsvorlage wurde hierauf mit 10 gegen 8 Stimmen im unbedingten Legt angenommen.

Dr. Winter erstattete weiter den Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Teuerungszulagen zu den Pensionsgewinnern in Oulutschin. Abg. Genosse Taub, der an den Referenten die Anfrage stellte, ob und wann die Wahlen in die Landespensionsanstalt der Privatangestellten in Brünn ausgeschrieben werden. Der Berichtserstatter Dr. Winter war nicht in der Lage, hierüber Aufklärung geben zu können. Die Regierungsvorlage wurde hierauf angenommen.

Journalistische Grauschritter.

Beispiellos niederträchtige, auf bewährter Verleumdung beruhende Lügen und Verleumdungen unserer Partei durch die kommunistische „Internationale“.

Die kommunistische „Internationale“ in Ausfertigung — die ab heute von uns und allen anständigen Arbeitern kurzweg „das Lumpenblatt“ genannt werden soll, hat gestern, zum Teil mit Hilfe einer Fälschung, eine derartig niederträchtige, aber auch maßlos tödliche Verleumdung unserer Partei in die Öffentlichkeit hinausstrampelt, wie sie in der Geschichte des proletarischen Kampfes in diesem Lande überhaupt nicht ihresgleichen hat. Das Lumpenblatt fand nämlich in den „Gefühllosen Roviny“, vom 2. Dezember, dem Blatte der Staatsangestellten, einen Bericht, wonach die nationalsozialistische Abgeordnete Pechmanova in einer öffentlichen Versammlung in Lira bei Wien behauptet haben soll, daß gelegentlich der Abstimmung über das vorjährige Dezemberhandgesetz gegen die Staatsbeamten und Lehrer

„angeblich der Vorsitzende des Klubs der deutschen Sozialdemokraten der Koalition den Vorschlag machte, daß er mit seinen Kollegen das Parlament verläßt, damit nicht vielleicht die Opposition infolge der außerordentlichen Abwesenheit der sozialistischen Abgeordneten nicht die Mehrheit erhalte“.

Was sich da nach der angeblichen Behauptung der Frau Pechman angeblich zugezogen haben soll, hat nun das Lumpenblatt mit Hinzufügung des Wortes „angeblich“ als feststehende Tatsache seinen Lesern zur Kenntnis gebracht und dieser läge maßlose Beschimpfung unserer Partei als „Juchender der Arbeiter, boomer- und lehrerfeindlichen Koalition“, als „gemein“ und „abgrundtief verkommen“, als „Heuchler“, „Verräter“ und „Demagogen“ hinzugefügt.

Dieser beispiellose Verleumdung gegenüber rufen wir zunächst der gesamten Öffentlichkeit in die Erinnerung zurück, daß wir es waren, die allen Parteien voran den Kampf gegen das von der Regierung bradtsichtige und später ja auch von ihr durchgeführte Schandgesetz mit der größten Energie geführt haben. Wir haben alle Anträge ausgearbeitet, welche die lehrer- und staatsbeamtenfeindlichen Bestimmungen der Regierungsvorlage hätten beseitigen sollen, wir haben die Formel für die Opposition geschaffen und wir waren es, die es sich zur Aufgabe machten, die wahren Verräter der Interessen der Angestellten zu stellen, indem wir im Abgeordnetenhaus den Antrag auf namentliche Abstimmung einbrachten. Unter ungeheurer Erregung und stürmischen Beifall hat damals Genosse Taub im Abgeordnetenhaus unserer leidenschaftlichen Enttäuschung gegen das Attentat auf die Staatsangestellten und Lehrer Ausdruck verliehen. Unter unserer Führung hat die gesamte Opposition damals den sozialpolitischen Ausschuh verlassen und am selben Tage den 16. Dezember v. J. erfolgte der Auszug unserer Genossen aus dem Bundestagsausschuh. Daraus brachen unsere Genossen in der Hausung desselben Tages den in den Ausschuh abgeleiteten Minoritätsantrag auf namentliche Abstimmung ein, um so die Gesetzgebung des Schandgesetzes zu verhindern.

Dieser Minoritätsantrag auf namentliche Abstimmung wurde mit 127 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Und nun zu der niederträchtigen Verleumdung des Lumpenblattes, daß wir — die wir den Antrag auf namentliche Abstimmung einbrachten — zur Unterstützung der Opposition das Parlament verlassen. Wäre der Gedanke nicht so uner-

Es gelangte sodann die Regierungsvorlage, betreffend die fünfzigprozentigen Zuschläge für die Kriegsbeschädigten zur Verhandlung. Die Regierungsvorlage sowie die Resolution des Referenten wurde mit den Stimmen der Reichsparteien angenommen und die Sitzung geschlossen.

Der tschechoslowakische Außenhandel vom Jänner bis September 1922. Nach den Angaben des statistischen Staatsamtes betrug die Einfuhr in den ersten neun Monaten des Jahres 1922 24,8 Millionen Meterzentner und etwa 570.000 Stück. (In der gleichen Zeit des Vorjahres 29,7 Millionen Meterzentner und 227.000 Stück.) Die Einfuhr weist also einen ziemlichen Rückgang auf. Die Ausfuhr betrug in der gleichen Zeit 1922 72,7 Millionen Meterzentner und 3,4 Millionen Stück (im Vorjahre 78,5 Millionen Meterzentner und drei Millionen Stück). Die Ausfuhr ist also fast gleich geblieben. Die Ausfuhr nach Deutschland ist sogar gestiegen von 27 auf 30 Millionen Meterzentner, die Ausfuhr nach Oesterreich von 25 auf 23 Millionen Meterzentner gefallen. Von den 72 Millionen Meterzentnern, die überhaupt ausgeführt wurden, gingen nach Deutschland und Oesterreich allein 52 Millionen.

Die Bestellung eines Zwangsliquidators für die Aufstellung der auf Kredit unter staatlicher Garantie angekauften Baumwollensand auf der Tagesordnung der Sitzung des Gewerbeausschusses des Abgeordnetenhauses vom 5. Dezember. Nach dem Berichtserstatter Kotelich sprach Abg. Genosse Fischer. Er verlangte eine klare Scheidung des Wirkungskreises des vom Staate bestellten Zwangsliquidators gegenüber den von der Genossenschaft selbst gewählten Liquidatoren. In § 4 der Vorlage beantragte er, daß über die Prüfung der bisserigen Wirtschaftsführung der Genossenschaft durch den Zwangsliquidator das gesamte Material in ehester Kürze dem Handels- und Gewerbeausschuh vorgelegt werde. Weiter verlangte er in der Zusammensetzung des Beirats eine

ber Verlegen, man wäre versucht, ihn herzlich dumm zu nennen, denn:

Die Mehrheit hatte damals ein Plus von 47 Stimmen, obwohl unsere Fraktion fast vollständig anwesend war.

Und um die ganze Verlegenheit und Halslosigkeit des Angriffes auf unsere Partei ganz nach hinstellen wollen wir im folgenden nach dem stenographischen Protokoll über die namentliche Abstimmung des Minoritätsantrages darstellen, wie damals die sozialdemokratischen Abgeordneten, die der Koalition Zuhörerdienste geleistet haben:

Von den 28 Mitgliedern des deutschen sozialdemokratischen Klubs waren 24 bei der Abstimmung anwesend.

Die vier fehlenden Genossen (also genau ein Sechstel), die trotz der vom Klubvorsitzenden angeordneten strengen Präsenz nicht anwesend waren, waren wegen wichtiger organisatorischer Arbeiten oder wegen Krankheit beurlaubt.

Von den 41 deutschbürgerlichen Abgeordneten fehlten sechs und von den 24 kommunistischen Abgeordneten fehlten sieben, also fast ein Drittel!

Aus dem Gefagten geht völlig klar hervor, wach unerbörte Verleumdung die Behauptung ist, der Vorsitzende unseres Klubs hätte damals der Mehrheit die Abwesenheit unserer Abgeordneten angedeutet und es ist überflüssig zu sagen, daß niemals — auch in keinem anderen Falle — unser Klub mit der Mehrheit über die Abwesenheit nur ein Gerüchtswort gesprochen hätte, oder daß irgend einmal derartige Vereinbarungen getroffen wurden.

Es ist uns leider trotz der amnestrengsten Bemühungen bis zu dem Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, nicht gelungen, die Frau Abgeordnete Pechman zu erreichen und sie zu fragen, ob sie überhaupt eine derartige Verleumdung in der besagten Versammlung ausgesprochen hat. Ganz unabhängig davon aber geht unsere Berechnung mit dem Lumpenblatt und der Partei, in deren Namen es verleumdet und unter den ordinärsten Angriffen gegen uns etwas als Tatsache hinstellt, von der eine dritte Person „angeblich“ etwas gehört hat. Die Ursache dieser niederträchtigen Kampfesweise ist der Umstand, daß die Kommunisten immer mehr Vertrauen und Anhänger verlieren und darum vor keinem Mittel, auch nicht vor der belüglichen Verleumdung, zurückschrecken, um noch die wenigen an der Stange zu halten, die sich immer noch nicht von der Dohheit der kommunistischen Phrasen und von der beispiellosen Verlogenheit ihrer Kampfesweise überzeugen haben. Es kann keinen anständigen Arbeiter geben, der nach diesem letzten, gemeinsten Beweis von Niedertracht dieser Partei nicht den Rücken kehren möchte, da diese doch bisher nichts anderes geleistet hat, als die Arbeiterbewegung zu verheulen.

Gerade diese häßliche, wirklich „abgrundtief verkommene“ kommunistische Lüge lehrt uns eines: Daß es vollkommen ausgeschlossen ist, uns mit den Vorkühnern der Kommunisten überhaupt jemals an einen Tisch zu setzen, geschweige denn, mit ihnen eine Einheitsfront zu schließen. Wir müssen uns, — dazu zwingt uns der Schmutz, der dieser Partei durch die Schuld ihrer Führer anhaftet, — von einer Gesellschaft fernhalten, die uns mit solchen Mitteln bekämpft, wie das kaffische Lumpenblatt.

entsprechende Berücksichtigung der Textilarbeiterkraft, besonders der deutschen organisierten Textilarbeiter. Nach den Ausführungen des Ministers wird dieser Beirat weiterhin aus 29 Personen bestehen und zwar aus zehn Vertretern der Industriellen und zehn Vertretern der Verbraucher, weiter aus sieben Arbeitervertretern und zwei Vertretern der Banken.

Gewerkschaftskonferenz in der Slowakei. Am 2. und 3. Dezember fand in Pilsian eine gewerkschaftliche Konferenz für die Slowakei statt, an der sich 125 Delegierte beteiligten, die 46.209 Mitglieder vertraten. Als Vertreter der Gewerkschaftskommission in Prag war Abgeordneter Lapevle erschienen. Die Konferenz gipfelte in der Annahme einer Resolution, die sich gegen die Spaltungsarbeit der Kommunisten wendet. Als maßgebend erachtet die Konferenz die Richtlinien, die am internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam und am 7. Gewerkschaftskongress in Prag beschlossen wurden. Außerdem wurde noch eine Resolution gegen die Arbeitslosigkeit für die Reform und Vereinfachung der Arbeitsgesetzgebung für die ganze Republik und eine für die Aufrechterhaltung der Einheit der Krankenversicherung in der Slowakei angenommen.

Neuer Lohnvertrag der Prager Kellner. Zwischen den Prager Kellnern und ihren Chefs wurde ein neuer Lohnvertrag abgeschlossen. Es handelt sich im wesentlichen um den alten Vertrag, doch werden die Löhne mit 1. Jänner 1923 um zehn und mit 1. Februar um weitere fünf Prozent herabgesetzt.

Devilenturke.

Die tschechische Krone notiert in:

Prag	100 Kronen	116,75
Berlin	100 Kronen	124,25
Wien	100 Kronen	226,00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 hell. Gulden	1282,50	1286,50
100 Mark	0,82,75	0,42,75
100 schweiz. Franc	503,25	503,75
100 Lire	154,25	155,75
100 franz. Francs	219,25	220,75
1 Pfund Sterling	142,45	143,95
1 Dollar	3140,00	3180,00
100 belg. Francs	201,75	203,25
100 Dinar	42,50	43,00
100 österr. Kronen	0,04,25	0,04,75
100 poln. Mark	0,15,50	0,20,50
100 ungar. Kronen	130,75	140,75

Züricher Schlusskurie.

	Wert	Wert	
Berlin	0,00,75	Paris	36,80,00
Wien	0,00,75	London	26,10,00
Prag	16,75	Brüssel	0,22,75
Holland	211,25	Belgrad	0,00,00
New York	530,00	Sofia	0,02,75
London	24,15	Wien gen.	0,00,00

Literatur.

Der Fall Fischenbach.*

Das Aufsehen, das die Beurteilung des ehemaligen Sekretärs Kurt Eisners, Felix Fischenbach, in der gesamten politischen Welt hervorgerufen hat, scheint durchaus nicht in dem in Deutschland üblichen Strafmaß zu verfließen. Neben zahlreichen Rundgedungen der Presse-Organisationen und den vielen politischen Würdigungen des Prozesses in Tageszeitungen und periodischen Druckschriften des In- und Auslandes, ereignete sich auch der ungewöhnliche Fall, daß Dr. Thimme, der Sachverständige in dem Prozeß, in leidenschaftlicher Weise sich gegen das Urteil wendet. Dr. Thimme, der früher Bibliothekar am preussischen Verrenhaufe war, und jetzt im Auftrag der deutschen Reichsregierung die Herausgabe der Dokumente des Anwärteramtes leitet, gehört politisch der deutschnationalen Volkspartei an. Er gilt in Deutschland als einer der besten wissenschaftlichen Sachkennner der deutschen Außenpolitik seit 1871. In zwei Artikeln im „Vorwärts“ und im „Berliner Tageblatt“ hat er sich kritisch mit dem Verfahren und dem Urteil in einer Weise befaßt, die geradezu eine Sensation bedeutet. In dieser für deutsche Verhältnisse ungewöhnlichen Parteinahme für einen politischen Gegner macht sich ein verlegtes Rechts- und Kulturgefühl geltend, das für die deutsche Intelligenz in jeder Beziehung ehrenvoll genannt werden muß.

Dem Verständnis weitester Kreise näher gerückt werden diese Einlassungen durch eine Schrift, mit der H. A. Dr. Dirschberg, der Verteidiger Fischenbachs nunmehr an die Öffentlichkeit tritt.

Auf Inopp 60 Druckseiten gibt die Schrift in eindringlicher und präziser Darstellung den Gang der zehntägigen Verhandlung wieder. In mühevoller Objektivität wird auf jede sensationelle Wirkung verzichtet. Umso stärker ist der Eindruck dessen, was der Veler über die Ungeheuerlichkeiten des Verfahrens vor dem Münchener Volksgericht erzählt.

Die politische Tendenz des Urteils ist schon zu wiederholtenmalen von uns hinreichend gekennzeichnet worden. Erschütternd aber wirkt die Vorwürfe Dirschbergs dadurch, daß sie die Methoden darstellt, mit Hilfe derer die bayrischen Volksgerichte zum juristischen Werkzeuge dieser politischen Tendenz gemacht werden.

Die bayrischen Volksgerichte sind an keine der bestehenden Rechtsformen gebunden, sobald es gelingen konnte, daß die drei Angeklagten erst bei der Verkündung des Urteils erfahren, welche von den vielen hundert von Nachrichten überhaupt als Landesverrat betrachtet wurden. Der Staatsanwalt hatte weder in der Anklageschrift, noch während der zehntägigen Verhandlung die Anklage in dieser Richtung präzisiert, wie es die selbstverständliche Pflicht in einem Prozeßverfahren wäre, den Anspruch auf Rechtmäßigkeit erhebt. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Oberlandesgerichtsrat Dr. Doh, hat in der Vorunterstellung als Ermittlungsrichter fungiert, und seine umfangreichen Ermittlungsprotokolle haben das Material zur Anklage gebildet, was ein demokratischer Abgeordneter im bayrischen Landtag als „fiktive Unmöglichkeit“ bezeichnete. Das Gericht beschließt, bevor überhaupt die Verhör, unter denen noch drei Laien sich befinden, den Umfang der Materie kennen gelernt haben, daß es sich über alle zu verhandelnden Fragen eigene Sachkunde zutraue.

Aus der Fülle der Rechtsbegungen, welche die Schrift behandelt, seien nur die wenigen Beispiele kurz wiedergegeben, um zu zeigen, wie in Bayern die Erzeugnisse einer modernen Straßpflanz, um die Jahrhunderte lang von den edelsten Geistern der Menschheit gekämpft wurde, zu Boden getreten werden. Das Mittelalter scheint hier seine Auferstehung zu feiern; es ist als ob die inquisitorische Technik der Ketzerverfolge gegen den politischen Gegner wieder angewendet werden soll.

Die Krone wird diesem Verfahren dadurch aufgesetzt, daß den Angeklagten die Zustellung einer Ausfertigung des Urteils und des Sitzungprotokolls verweigert wird. Als sich herausstellt, daß die reaktionäre Presse, z. B. die „Münchener Neuesten Nachrichten“, eine Abschrift des Urteils bereits vor dessen Verkündung in den Händen hatte, bequemt sich dieses „Gericht“ endlich dazu, den Verteidigern das Verlangte zu übermitteln. Die große Zahl von Einzelheiten, die die Schrift enthält und die für die Psychologie der bayrischen und mitteleuropäischen Kauterrevolution von größter Wichtigkeit sind, geben ihr eine harte politische Bedeutung. Es ist ihr deshalb eine ungeheure Wirkung auf die gesamte internationale Öffentlichkeit vorauszusagen.

* Der Fall Fischenbach vor dem Münchener Volksgericht. Eine Darstellung nach den Akten von H. A. Dr. Max Dirschberg. Mit einem Anhang vom Sachverständigen Dr. Thimme. Berlin 1922. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H.

Kleine Chronik.

Vorgeschichtliche Getreidefunde. Die Stein- und Bronzezeit in Sachsen-Meiningen ist eine der imponantesten keltischen Befestigungen in ganz Mittel- und Süddeutschland; sie gehört in die La-Tène-Zeit, also in den Abschnitt von etwa 500 v. Chr. bis zur Zeit um Christi Geburt. Hier hat man bereits vor einer Reihe von Jahren interessante Funde vorgeschichtlicher Getreidereste gemacht, und in derselben Befestigung sind in der letzten Zeit neue hinzugekommen, die zusammen mit wissenschaftlichen Präparaten früherer Entdeckungen unsere Kenntnisse auf diesem Gebiet wesentlich bereichern. Nach Hugo Mörsdorf, der in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ darüber berichtet, ist bei den Funden von allgemeinem Interesse zunächst der sichere Nachweis von Zens, der bisher zwar in drei vorgeschichtlichen Zerealienfunden aus Mittel- und Norddeutschland vermutet, in seinem Fall jedoch als sicher erwiesen war. Nicht minder bedeutungsvoll ist der Nachweis der Einseitigkeit, die Wittmark zwar in prähistorischen Funden von Bos- und Ferkeln im Thüringen und in Troja festgestellt hatte, die aber sonst bei europäischen Vorgeschichtsfunden völlig fehlte. Das Vorkommen dieser Pflanzen in der La-Tène-Zeitlichen Fundschicht der Steinburg wird als überraschend bezeichnet. Weiter verdient auch noch der Nachweis von Hirse Beachtung. In Steinzeitfunden war diese Art zwar in thüringischem Gebiet festgestellt, nicht aber in Funden aus der Eisenzeit. Schließlich ist bemerkenswert das Vorkommen von Ackerkräutern, über die bisher nur wenig Beobachtungen vorliegen. In einem Auffass der „Prähistorischen Zeitschrift“ von 1921 hat Karl Rade die Vermutung Ausdruck gegeben, daß bei 3 damals eine Reinigung des Getreides vorgenommen worden sei, da sich Samen von Ackerkräutern nur so vereinzelt fanden. Auf welche Weise jedoch diese Reinigung vorgenommen wurde, das entzieht sich noch unserer Kenntnis.

Das größte Fernrohr der Welt. Kanada wird demnächst das größte Fernrohr der Welt besitzen, das eine Linse mit einem Durchmesser von 120 Zoll erhalten wird. Das Instrument, an dessen Herstellung eifrig gearbeitet wird, übertrifft also noch das bisherige größte Fernrohr des Mount-Wilson-Observatoriums in Kalifornien, das eine Linse mit einem 100-Zoll-Durchmesser aufweist. Das neue Fernrohr wird für ein Observatorium an der Küste des Stillen Ozeans in British-Columbia geschaffen. Man hofft, daß mit diesem neuen Instrument wenigstens 40 Millionen Sterne sichtbar sein werden, eine Million mehr, als mit dem größten bisherigen Fernrohr festzustellen sind.

Die Verwendbarkeit des Salzes. Als unheimlicher und doch unentbehrlicher Bestandteil unserer Nahrung erfreut sich das Salz ja der allgemeinen Popularität. Aber nicht allen bekannt ist, zu wievielen Zwecken es noch außer seiner gewöhnlichen Verwendung herangezogen werden kann. Salz ist z. B. eine wertvolle Unterstüzung bei den verschiedensten Reinigungsarbeiten. Wenn man es leicht über den Teppich streut und dann mit einer harten Bürste abfegt, dient es nicht nur der Säuberung, sondern frischt auch die Farben außerordentlich auf. Sehr zu empfehlen ist es, dem Wasser, in dem man Glas und Porzellan reinigt, etwas Salz beizufügen. Schmutz im Innern von Glasgefäßen verschwindet besonders dann, wenn etwas Essig mit Salz gemischt ein paar Stunden in dem Gefäß gelassen wird. Auch dient das Salz zur Befestigung von Nieten auf Messergrieffen, gleich viel, ob aus Horn oder Eisenblech und auf silbernen Löffeln. Gartenmöbel sollte man immer abwaschen, ehe man sie bei Einbruch des Winters beiseite stellt, und das

beste Säuberungsmittel für alle Arten von Möbel aus Weidengeflecht oder Bambus ist eine kräftige Salzlösung. Man muß sie mit einer harten Bürste abbürsten und im Freien trocknen lassen. Aber auch die medizinische Brauchbarkeit des Salzes ist sehr groß. Bei Zahnschmerzen und Neuralgie tut man gut, eine Zehen mit Salz im Ofen zu erwärmen und es, wenn es ganz heiß geworden ist, in ein Leinwandstück zu füllen, das man mit Planen auf der schmerzenden Stelle befestigt. Auch bei Chrenschmerzen hilft dies häufig. Daß Salzwasser ein gutes Mittel zum Gurgeln abgibt, ist bekannt. Wenige Leute wissen aber, daß eine Prise Salz, in den Kaffee getan, dessen Geschmack verbessert, und daß etwas Salz, das einer Flüssigkeit beigemischt wird, die übergekocht hat, den üblen Beigeschmack entfernt.

Gerichtssaal.

Sie wollte zum Film.

Prag, 6. Dezember. Die ungeheure Entwicklung der Filmindustrie in der letzten Zeit bringt es mit sich, daß zahlreiche junge Mädchen, die die Eignung für den Film zu besitzen glauben, leicht den Ueberredungen von Filmagenten erliegen, die ein brauchbares Material für Filmstudios suchen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eines dieser jungen Mädchen — Anna Rosenkranz — das, kaum 16 Jahre alt, als Jose zur tschechischen Filmschauspielerin Suzanne Marvillie gekommen ist, um bei der Künstlerin später zur Kinofrauspielerin ausgebildet zu werden. Anna Rosenkranz lernte bei ihrer Protokollistin zwar weniger das Leben im Filmstudio, dafür aber umso besser das Privatleben einer Filmschauspielerin kennen. Und eines schönen Tages war die schöne Jose Anna unter Mitnahme von 9600 K in Bargeld und Kleibern und Schmuck im Werte von 15.000 K verschwunden. Sie hatte sich ein Auto gemietet und fuhr in die Sarla bei Prag hinaus. Hier wurde sie jedoch von einem Detektiv eingeholt und festgenommen. Bei ihrer Einvernahme gab sie an, daß sie nur ein bißchen „Kino spielen“ wollte. — Vor dem Richter erklärte die Angeklagte, daß sie stets einen Gang zum Film geholt habe; sie sei durch ihren Vetter zum Film geholt worden und habe alle ihre Handlungen nach Filmvorbildern anführen wollen. Doch vor Gericht konnte dem jungen Mädchen diese Verteidigung nicht viel nützen. Sie wurde wegen Diebstahls zu fünf Monaten Kerker verurteilt.

Weil die Klatschbaie nicht schweigen konnte.

Prag, 6. Dezember. In der Stube des Kleinbauers Polorny in Brüssy sah am 17. September eine große Gesellschaft beisammen und es wurde natürlich der übliche Dorfklatsch vorgenommen. Ein besonders kluges Mütterchen erzählte, daß sie bei der letzten Heumahd gesehen habe, wie die Josefine R. mit einem Dorfbesitzer in einem Heuschaber längere Zeit in verdächtiger Weise aufhielt. Raum hatte das Mütterchen diese Mitteilung gemacht, so klickte das Fenster und von der dunklen Dorfstraße kam ein 22 Kilo schwerer Stein herabgeschlagen. Am Fenster sah Wenzel Morawek und Friederike Draba, die durch die Glascherben verletzt wurden. Entsetzt sprang die ganze Gesellschaft auf und stürzte hinaus. Zu dieser Zeit hielten sich der Sohn des Polorny mit seinem Vetter Ladislav Merva hinter dem Anwesen auf. Als der Stein das Fenster durchschlug, fuhren die beiden von ihrer „beschaulichen“ Tätigkeit (in jenen Häuschen, die man am Dorfe mit „Alha“ bezeichnet) auf und liefen vor das Haus, wo sie einen stützenden Mann am Rode erwishten. Der Mann war, wie die beiden feststellten, niemand anderer, als die verkleidete Josefine R., die eben mit ihrem Liebhaber nach Hause gegangen war und gehört hatte, was das alte Mütterchen von ihr erzählte. — Heute hatte sich Josefine R. wegen ihres fieseren Gewalttätigkeit und Beschädigung fremden Eigentums zu verantworten. Zum allgemeinen Erstaunen des Richterkollegiums stellte es sich jedoch heraus, daß die beiden Zeugen, die Josefine R. beim Hause erwishten, nicht sicher sagen können, ob das als Mann verkleidete Weib tatsächlich die Angeklagte gewesen sei. Josefine R. mußte daher wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Reaktionäre Arbeitermörder.

Vor dem Saßeschen Schwurgericht fand dieser Tage die Verhandlung wegen der Ermordung der beiden Maurer Otto Göllke und Otto Roppflecker statt, die während des Rapp-Putsches am 24. März 1920 frühmorgens auf Grund von Denunziationen aus den Betten geholt und erschossen wurden. Der Tat beschuldigt sind der Gefreite Vohl und der Zeitschriftliche Leutnant Hoppe aus Wetzelsburg. Die Vernehmung des Angeklagten Vohl und eine Reihe von Zeugen am ersten Verhandlungstage gab ein grausiges Bild von der Rache, mit der die beiden Arbeiter ermordet worden sind. Angeklagter Vohl befandete: „Am Morgen des 24. März bin ich plötzlich zum Leutnant Hoppe gerufen worden, der mir den nur mit Hosen und Hemd bekleideten Maurer Göllke mit der Weisung übergab, diesen Mann sofort zu erschicken, da er sich schwer vergangen habe. Etwa 100 Meter hinter dem Dorfe habe ich den mit hochgehobenen Händen vor uns hergehenden Göllke mit meinem Karabiner von hinten niedergeschossen. Einen Fluchtversuch hat Göllke nicht unternommen. Ich habe ihn erschossen, weil ich den Befehl von Leutnant Hoppe bekommen habe.“ Der Angeklagte schilderte dann weiter, wie auch der Arbeiter Roppflecker vom Leutnant Hoppe ihm zur Erschießung übergeben worden sei: „In der Nähe der Bahn habe ich dann auch den Roppflecker von hinten erschossen, der ebenfalls mit hochgehobenen Händen und notdürftig bekleidet vor uns herging. Ob ich nur ein oder zwei Schüsse abgefeuert habe, weiß ich nicht mehr. Einen Fluchtversuch aber hat auch Roppflecker nicht unternommen.“

Es folgte dann die übliche Geschichte über die Aufsehung eines fingierten Protokolls, wonach die beiden Arbeiter „auf der Flucht“ erschossen worden seien. Dieses Protokoll hat der Angeklagte am nächsten Tage unterschrieben. Der Angeklagte Hoppe leugnete, daß er den Befehl zum Erschießen gegeben habe. Die Mutter des einen erschossenen Arbeiters sagte aus: „Als sie dann mit ihrem Mann dem Leutnant Hoppe auf den Knien beteuert habe, ihr Sohn sei unschuldig, er habe mehrere Tage krank im Bett gelegen, habe Hoppe ihr erneut das Gewehr auf die Brust gesetzt und geschrien: „Halten Sie Ihre Schnauze!“ Ihren Sohn habe er dann immer angeschrien: „Sagen Sie ja, daß Sie geschossen haben!“ — Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurde der Leutnant Hoppe der unmittlerbaren Täterschaft und des versuchten (!) Totschlags schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Gefreite Vohl wurde freigesprochen.

Kunst und Wissen.

Der große Bariton. (Gastspiel Baffermann.) Theater im Theater zu bringen, ist seit dem „Kean“ von Dumas verführerisch und im allgemeinen wirksam geworden. Diesmal gibt es gleich zwei Akte in einem amerikanischen großen Opernhaus, während welcher Direktor und Darsteller in tollem internationalen Wirbel durcheinander gejagt werden. Intrigen derer, die dem Publikum groß erscheinen und in Wahrheit kleine Menschen sind, werden gesponnen, zerissen, bringen Heil oder Unglück. Im Zentrum aller dieser sogenannten „Ereignisse“ ragt der große Bariton Jean Paurel auf, der gewaltige Don Juan im Leben und in der Mojartoper, dessen Größe und Fall hier gezeigt wird und der — es ist ja eine Komödie — sein Don Juan, nachdem er die Stimme verloren, in sein Privatleben tritt. Diesen „Helden“ spielte Albert Baffermann. Bäre er nicht, fiel das Stück unweigerlich durch, das von einer internationalen Kompagnie unter Ausbeutung von fünf Sprachen, von denen die deutsche am mangelhaftesten beherrscht erscheint, inszeniert worden ist. Baffermann schuf eine Figur, deren erschütternde Größe über die Nichtigkeit hinwegtäuscht, welche ihr die Verfasser „geschenkt“ hatten. Er zwang den Hörer zum Lachen und zum Weinen über ein Komödiantentum, dem er Shakespeare glück verlieh. Er wurde auch in stürmischer Weise gefeiert. Von den übrigen Darstellern fielen Roman Reinhardt durch nichts anderes als durch seine Angelo Neumann-Maske, Paul Hörbiger durch seine ausgezeichnete Beherrschung der ungarischen Sprache und Ria Kessel durch beinahe echtes romantisches Temperament auf.

Neues Theater. Heute, den 7.: Gastspiel Baffermann „Der große Bariton“; Freitag, den 8.: „Cibelio“ mit Baffermann; Samstag, den 9.: Urania-Vorstellung „Freischiß“, abends Abschiedsgastspiel Baffermann „Der große Bariton“, 10 Uhr nachts: Mary Wigman-Tanzabend; Sonntag, den 10.: nachm. „Sans Gene“, abends „Zauberflöte“.

Kleine Bühne. Freitag, den 8.: Verbandsvorstellung „Schöne Seelen“; Samstag, den 9.: „Candida“; Sonntag, den 10.: „Der müde Theodor“.

Vorträge.

Vortrag Alfred Adler. (Produktenbüchse.) Die Verschmelzung des Kindes mit der Gemeinschaft kann nicht früh genug einsehen; die Beziehungen des Individuums zur Gesellschaft zu pflegen, — das ist die Grundbaue aller Kindererziehung. Diese Sätze kann man wohl als das Leitmotiv des Vortrages Dr. Alfred Adlers über Kinderpsychologie ansehen. Mit mustergetreuer Sachlichkeit und Klarheit, hinter der sich trotzdem innigste Anteilnahme des Menschen und Argtes verbarg, bediente Adler die furchtbaren Fehler auf, welche besonders von der sogenannten besseren Gesellschaftsklasse in der Erziehung der Kinder

Ein unentbehrliches Handbuch das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das Arbeiter-Jahrbuch 1923

das in den nächsten Wochen im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Handbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, saden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heim dulden würden, laufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender und kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Freistunden, wenn er im Rasenden blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Er aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Arbeiter-Jahrbuch“. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Arbeiter-Jahrbuch“ nicht mehr als 7 Kronen. Der Preis wurde so niedrig gehalten, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Handbuch anzuschaffen.

verlebt werden. Unbarmherzig führte er alle die negativen Eigenschaften, die im Rinde der Gegenwart groß werden einzig und allein auf die Isoliertheit, die Absonderung des Kindes von anderen Kindern zurück. In diesem Zusammenhange appellierte er auch an die Schule, daß sie sich hüten möge, durch ihre veralteten Maßnahmen die Weltfremdheit großzuziehen. Alfred Adlers Worte über eine Erziehungsaufgabe, welche Erkenntnis im Sinne unseres Aktionsbegriffes bedeute... waren vor einem Publikum gesprochen, das allen Grund hätte, diese Erziehung in seinem Heim zu verwirklichen. Wenn diese Gesellschaft zum Teil unbefriedigt, — wie man hätte und sah, — den Saal verließ, dann zeigte es sich eben wieder einmal wie korrupt in ihrem Denken die Klasse ist, der Sensation und Augenauswischerei in Vorträgen mehr behagen als ein logisch und sachlich meisterhaft gebrachter, wegweisender Vortrag eines ganzen Menschen.

Der Film.

Urania-Kinovorstellung. Max Linder in dem Lustspiel „Sieben Jahre Unglück“: das war das Nikolaj-Geschenk, das die Urania ihrem Publikum bescherte. Wie jeder Linder-Film, bringt auch dieser eine Reihe lustiger Einfälle und unwiderstehlich zum Lachen reizender Situationen. Schon die Einleitung, in der Maxens schöne Dienerschaft ihm das Fehlen der Spiegelscheibe zu verdecken sucht, bis Max den Schwindel merkt und, seinen Schuh gegen den Spiegel werfend, die inzwischen eingesehene Scheibe trifft, ist urkomisch. In kunter Reihenfolge ziehen nun alle unglücklichen Zwischenfälle in Maxens Leben vorüber; nach unzähligen Abenteuern als blinder Passagier, als fahrrad Bahnenbeamter, als Gast im Löwenfäß wird er schließlich aus dem Polizeigefängnis vor den Richter geführt, findet dort seine Frau wieder und damit das verlorene Glück. Da auch die anderen Darsteller des Films, darunter auch die liebenswürdige Löwin, die Hausfrau und das allerliebste Schönhündchen der Diba, sich hervortaten, fand das Stück den ungeteilten Beifall des Publikums. „Der kleine Sonnenstrahl“ folgte. Wie es scheint, handelt es sich da um ein älteres Stück, das nicht mehr den Anforderungen entspricht, die man heute zu stellen gewohnt ist. Daß auch dieser Film einzelne nette Momente hatte, möge anerkannt werden.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute, 8 Uhr, Seminar, Karolium II. Thema: Die Entwicklung der sozialen Frage in Deutschland. Gäste willkommen. 1208

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele am Freitag. Freitag spielt DFC gegen Viktoria Ziklow (das letzte Zusammenreffen endete 3-2 für DFC.) und Sparta gegen OAFG.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechtzeitig einkaufen!
Weihnachts-Wunderkerzen
„UNIO“
in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen w. nicht direkt in der Fabrik „UNIO-WERKE“ G. m. b. H., Pilsen. Vertreter für den Prager Kreis: JOSEF POLLAK, Weinberge, Resslova 3. Teloph. 210. — Vertreter für den Brüuner Kreis: KARL TANZER, Brünn, Lezio-Afaka 15, Teloph. 3319 IV. — Vertreter für Mählarben: JOSEF TRAJER Prossnitz, Tel. 352. 1242

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. C. G. m. b. H.
Gestaltungsbüro, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, sowie Kupfer- und Bleisatzarbeiten mit einer Kapazität von 200.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Kapazität von 200.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postparaff Nr. 127.043

Werbet und abonniere!

Ausschnelden und einenden!

Abonnements Bestellschein.

Abonnere ab 192 monatlich 16 K^z — vierteljährlich 48 K^z — halbjährlich 96 K^z — ganzjährlich 192 K^z — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčková nám. 32.

Vor- und Zuname

Beruf

Ort, Bezirk

Straße und Nr.

Deutlich schreiben!